

Stützpunkt machen, von dem aus er das Reich aus den Angeln heben will. Er will eine Enklave nationalsozialistischer Willkür im deutschen Verfassungsstaat herstellen. Die Zwecke, die seine Partei mit der Teilnahme an Völkerverträgen verfolgt, sind kürzlich von Herrn Otto Straßer sehr freimütig dargelegt worden; sie laufen alle darauf hinaus, Stützpunkte für den nationalsozialistischen Kampf gegen die Verfassung zu schaffen. Von der Verwaltung des Landes, von der Förderung seiner Wohlfahrt ist dabei nirgends die Rede.

Im allgemeinen macht die Einsicht Fortschritte, daß es nicht die Aufgabe von Völkerverträgen ist, allgemein politische Zwecke zu verfolgen, sondern daß ihre Aufgaben im wesentlichen auf dem Gebiete des rein Verwaltungsmäßigen liegen. Diese Einsicht ist ein erster Schritt zur Reichsreform, zur Beseitigung der Ausschüsse des Länderparlamentarismus. Gegen diese Einsicht ist es das Ziel der Nationalsozialisten, Länderparlamente und Völkerverträge neu zu politisieren, sie in Gegensatz zum Reich zu bringen — getreu der Parole: „Alles, was dem System schadet, findet unsere Unterstützung.“

Die Deutsche Volkspartei liebt es, sich als die Partei der Reichsreform zu bezeichnen. Ihre Begünstigung der Laten des Herrn Frick in Thüringen ist das Gegenteil davon! Die Volkspartei ist zunächst mit ihm durch dick und dünn gegangen. Sie ist ihm dann jammernd nachgelaufen und hat letztlich die Faust in der Tasche gemacht, als sie dafür sorgte, daß ein Mißtrauensvotum gegen ihn zwar eine Mehrheit erhielt. Jede Ohrfeige, die Herr Frick sich zugezogen hat, war zugleich eine schallende Ohrfeige für die Deutsche Volkspartei — ihre Versuche, Herrn Frick die Niederlagen allein zuzuschreiben, ohne selbst aus der Regierung auszusteigen, sind vergebens. Das letzte Urteil des Staatsgerichtshofs trifft auch sie mit voller Schwere — zeigt es doch, was sie gebildet und begünstigt hat.

Es mag sein, daß die Volkspartei in Thüringen bald von dieser Gemeinschaft der politischen und moralischen Niederlagen genug hat — dafür bemüht sie sich in Sachsen, eine neue Gemeinschaft der gleichen Art mit Herrn Gregor Straßer einzugehen, auf daß auch hier der Staatsgerichtshof neue Arbeit erhält!

Die Begründung des Urteils.

Leipzig, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes gegen die Hofgebete des thüringischen Innenministers stützt sich auf Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung. Dieser Artikel lautet: „Beim Unterrichts in öffentlichen Schulen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.“

In der Begründung der Entscheidung führte Präsident Bumke aus, daß nach der Verfassung beim Unterrichts alles vermieden werden müsse, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könne. Diese Befehle richtete sich in erster Linie an die Lehrer. Sie richtete sich aber auch an die staatlichen Organe der Länder und deren Ämter, unter der nach Artikel 144 der Reichsverfassung das gesamte Schulwesen stehe. Die Vorschrift des Artikels 148 Absatz 2 stelle nicht etwa nur eine unerlässliche Maßnahme dar, sondern sei eine Rechtsvorschrift und begründe eine Rechtspflicht. Auf welches Gebiet sie sich erstreckt, werde am klarsten, wenn man anknüpfe an das Wort des Artikels 148 „Andersdenkende“. Die Schonung des Empfindens Andersdenkender werde in der Reichsverfassung ausnahmslos zur Pflicht gemacht. Es sei nicht verwehrt, in einer öffentlichen Schule Fragen der Religion, der Geschichte, der Politik sachlich zu erörtern, und zu ihnen eine bestimmte Stellung einzunehmen, verwehrt aber sei, daß dies in einer Weise geschehe, die dem Andersdenkenden wehe tue, ihm als eine Herabsetzung seiner eigenen Anschauung erscheine und bei ihm schmerzliche und peinliche Empfindungen erwecke. Was in der Schule gesagt werde, gehe in die Familien der Schüler, gehe in die breite Öffentlichkeit über. Die von der Reichsregierung beanstandeten Stellen der Gebete richteten sich gegen die politischen Anschauungen weiter Teile des deutschen Volkes und enthielten ein Bekenntnis zum Antifemismus in der Form, daß die Anhänger anderer politischer Anschauungen und Juden als Volksverräter und Landesverräter gebrandmarkt würden. Diese Art der Stellungnahme müsse die Empfindungen Andersdenkender verletzen und habe sie, wie die Aufnahme der Gebete in der Öffentlichkeit beweiße, in weitem Umfange schwer verletzt. Der Einwand, daß die thüringische Regierung die Einführung der Gebete nicht angeordnet, sondern nur „empfohlen“ habe, sei nicht stichhaltig. Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung lege den Stellen, die für den Unterricht an öffentlichen Schulen verantwortlich seien, ganz allgemein die Verpflichtung auf, alles zu unterlassen, was auf einen Verstoß gegen den Grundsatz des Artikels 148 Absatz 2 hinwirken könne. Selbst wenn die thüringische Regierung sich auf eine Anordnung beschränkt hätte, so würde auch das eine Verletzung des Artikels 148 bedeuten. Tatsächlich aber habe die thüringische Regierung den Lehrern empfohlen, die Schüler dazu anzuhalten, daß sie sich die Gebete in der gekennzeichneten Art zu eigen machen. Diese Tatsache, daß die Schüler selbst dazu gebracht werden sollten, dem Geist des Artikels 148 der Reichsverfassung zu widerhandeln, lasse den Verstoß gegen die Reichsverfassung noch stärker hervortreten. Die vorliegende Wirkung der Gebete in weiten Kreisen wäre schließlich noch dadurch verschärft, daß die thüringische Regierung durch die Wahl der Gebetsform auf das religiöse Gebiet übergegriffen habe.

Die Saarverhandlungen.

Curtius berichtet im Anwärigen Ausschuss.

Der Anwärige Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich gestern zunächst mit den Saarverhandlungen, über die Reichsaussenminister Dr. Curtius ausführlich berichtete. An die Darlegungen des Ministers schloß sich eine allgemeine Aussprache an. Dann befaßte sich der Ausschuss mit zahlreichen politischen Abkommen, darunter auch mit den Handelsverträgen mit Oesterreich, Polen und Ägypten. Am Schluß der Aussprache wurde vom Vorsitzenden festgesetzt, daß die Mehrheit des Ausschusses außerpolitische Bedenken gegen die Abkommen nicht geltend gemacht habe. Die Abkommen werden nun noch vom handelspolitischen Ausschuss beraten.

Leiter des Deutschland-Referats im polnischen Außenministerium ist jetzt der bisherige Vizepräsident der polnischen Botschaft beim Vatikan, Komaricki.

Die Kürzung der hohen Pensionen.

Beratung im Haushaltsausschuss.

In der fortgesetzten Beratung des sozialdemokratischen Pensionenkürzungsgesetzes im Haushaltsausschuss des Reichstags hatte der Abg. Erling (Z.) erklärt, daß der Sozialdemokrat Herrmann in Stuttgart, der im Jahre 1919 einige Monate württembergischer Kriegsminister gewesen sei, jetzt nachträglich eine Pension fordere und außerdem verlange, daß ihm für die Zeit von 1919 bis 1929 eine Nachzahlung von 65000 Mark gewährt werde. Dieser Vorgang zeige, daß die Sozialdemokratie die Ursache habe, die Frage der Großpensionen nicht agitatorisch zu behandeln.

Abg. Rohmann (Soz.) erklärte darauf, daß er nicht den Beruf in sich fühle, sozialdemokratische Pensionsempfänger zu verteidigen, aber Erling habe diesen Fall

einseitig und unvollständig dargestellt.

In Württemberg habe bis 1927 für jeden Minister, ohne Rücksicht auf die Dienstdauer, das gesetzliche Recht auf den Bezug einer Pension bestanden. Bei der Neuordnung der Dienstverhältnisse der württembergischen Minister habe die Regierung Bazillen dieses Recht nicht etwa allgemein beseitigt, sondern mit rückwirkender Kraft nur für die nach der Staatsumwälzung ins Ministeramt gekommenen Männer, die nicht aus dem Beamtenberuf hervorgegangen waren, was praktisch auf eine Ausnahmeregelung gegen die früheren sozialdemokratischen Minister hinausläufe. Das Reichsgericht habe darin eine Verletzung der Reichsverfassung erblickt und die entsprechende württembergische Gesetzesbestimmung für rechtsunwirksam erklärt. Erst infolge dieser Proklamation der württembergischen Rechtsregierung hätten einige seiner Parteifreunde, darunter auch Herrmann, Pensionen beantragt, um feststellen zu lassen, ob die Sozialdemokraten mildernden Rechtes seien und vom Reichsgericht anders behandelt würden, als etwa die Kapp-Putschisten v. Lüttich, Ehrhardt, Pabst und Genossen. Das sei der politische Sinn des Vorstoßes. Die tatsächliche Inanspruchnahme einer Nachzahlung in so erheblichem Umfang würde wohl kaum in Betracht kommen und jedenfalls von seiner Partei nicht gebilligt werden.

Abg. Rohmann hatte den Standeslügen Krefelder

Vorgang erwähnt, in welchem die Mehrheit der Ständeverordnetenversammlung den Oberbürgermeister die Pension auf dessen Wunsch in eine privatrechtliche Rente von 38000 Mark jährlich umwandelte, um sie vor Kürzung durch Reichs- oder Landesgesetze zu sichern.

Der Abg. Morath (DDB.) behauptete darauf, daß dieser beschämende Vorgang durch Beschluß einer aus Zentrum und Sozialdemokratie bestehenden Mehrheit möglich geworden sei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung konnte Rohmann gegenüber dieser aufregenden Mitteilung auf Grund einer telefonischen Rücksprache in Krefeld feststellen,

daß die Mehrheit sich aus Zentrum und Wirtschaftspartei zusammensetzte, während die Sozialdemokratie gegen das Abkommen stimmte.

Auf eine Anfrage des Abg. Rohmann über den Pensionenfall Moldenhauer teilte Staatssekretär Dr. Schäfer mit, daß das Reichswirtschaftsministerium pflicht- und übungsgemäß schon im vergangenen Herbst die pensionrechtlichen Verhältnisse Moldenhauers klargestellt habe. Moldenhauer sei von 1901 bis 1929 Professor an der Universität Köln gewesen. Dieses Institut sei bis 1919 als Handelshochschule eine kommunale Behörde gewesen. Die Anrechnung der Zeit von 1919 bis 1929 sei gesetzlich vorgeschrieben. Wegen der Zeit von 1901 bis 1919 sei beim preussischen Kultusministerium angefragt worden, was in Preußen in solchen Fällen üblich sei. Darauf habe das Kultusministerium unter dem 17. März 1930 mitgeteilt, daß die Anrechnung einer solchen Zeit als Pensionsdienstzeit der regelmäßigen Übung entspricht. Ebenso entspreche es der regelmäßigen Übung, daß der Reichsrat, sobald im Reich eine Pension praktisch werde, auf Antrag über die Anrechnungsfähigkeit der nicht im Reichs- oder Landesdienst zugebrachten Zeit entscheide. Moldenhauer habe also bei seinem Austritt aus dem Dienst nur getan, was seine frühere vorsehende Dienstbehörde als regelmäßig üblich bezeichnet habe. In einem heute eingegangenen Telegramm habe Herr Moldenhauer übrigens seinen Antrag zurückgezogen. — Der Ausschuss vertagte sich dann bis Sonnabend.

Lardieu überrumpelt das Parlament.

Plötzliche Verlesung des Schlußdekrets.

Paris, 11. Juli.

In der Kammer und im Senat wurde heute abend überraschend ein Dekret über die Schließung der Parlamentssession verlesen.

Die Kammer beriet den ganzen Nachmittag über die Frage der Reform der Reform der Kommunal- und Departementsfinanzen. Es lagen zwei Tagesordnungen vor: die des Abgeordneten Bonnet forderte die Regierung auf, einen Teil der Kommunal- und Departementsfinanzen auf das Budget des Staates zu übertragen.

Die andere Tagesordnung, die von dem Abgeordneten Simon (Dem.) eingebracht worden war, einem Mitglied der Gruppe Marit und der radikalen Linken, sprach der Regierung das Vertrauen aus, daß sie die Reform der Kommunal- und Departementsfinanzen durchführen werde, und forderte den Ubergang zur Tagesordnung. Ministerpräsident Lardieu nahm die zweite Tagesordnung an und stellte gegen die Tagesordnung Bonnet die Vertrauensfrage.

Die Tagesordnung Bonnet wurde mit 316 gegen 268 Stimmen abgelehnt und hierauf die Vertrauensfrage Simon wider-

spruchslos angenommen. Im Anschluß hieran verlangte der sozialistische Abgeordnete Jevrier Beratung der sozialistischen Interpellation über den Postbeamtenstreik. Er erklärte, daß er die notwendigen 50 Unterschriften gesammelt habe, um diese Debatte noch heute zu Ende führen zu können.

Darauf erhob sich Ministerpräsident Lardieu und verlas ohne weitere Erklärung das Schlußdekret.

Der Kammer bewachte sich ziemlich Erregung. Von den anstehenden Parteien wurden Proteste laut unter Hinweis darauf, daß wichtige Gesetzesvorlagen, wie der Gesetzentwurf über die Kolonialanleihe und andere, nicht mehr verabschiedet worden seien. Eine Debatte entspann sich auch über die Annahme des Schlußprotokolls, die schließlich mit 310 gegen 273 Stimmen erfolgte.

Die Verlesung des Schlußdekrets im Senat ging ohne Opposition vor sich.

Um Deutschlands „Neutralität“

Französisch-italienisches Kriegsgeschwäh.

Die „Deutsche Zeitung“, bekannt als Befürworterin eines deutsch-italienischen Zusammenschlusses gegen Frankreich, behauptet in Italien sei bekannt geworden, daß in diesen Tagen sowohl in Berlin als auch in Wien französischerseits Führer in der Frage ausgefragt worden sind, wie sich die deutsche und die deutsch-österreichische Regierung im Falle eines französisch-italienischen Krieges verhalten würden.

Auffallend ist, daß gleichzeitig in der englischen Presse aus Berlin gemeldet wird, Italien habe von Deutschland die Zusage der Neutralität für den Fall eines französisch-italienischen Krieges erlangt wollen; dagegen habe Frankreich bei der deutschen Regierung Protest eingelegt und Deutschland habe inzwischen auch Italiens Zustimmung abgelehnt.

Wir sind überzeugt, daß sowohl die eine wie die andere Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Angesichts der engen Beziehungen des alldeutschen Organs zum italienischen Faschismus handelt es sich bei seiner Meldung anscheinend um einen Versuch, um eine öffentliche Diskussion über das Verhalten Deutschlands im Falle eines solchen Krieges zu provozieren.

Die englische Agenturmeldung ist offenbar auf die starke Resonanz zurückzuführen, die in Frankreich seit dem Bekanntwerden der ablehnenden Antwort Mussolinis auf das Briand'sche Memorandum herrscht. In Paris sind viele Leute fest überzeugt, daß Deutschland und Italien ihre Antworten auf das Memorandum im ersten Einvernehmen verfaßt haben, ja, es kursieren wilde Gerüchte über einen bevorstehenden oder sogar schon abgeschlossenen deutsch-italienischen Vertrag!

Im übrigen wäre für Deutschland die Lage im Falle eines drohenden italienisch-französischen Krieges ganz natürlich gegeben: es würde seine Rechte und Pflichten als Mitglied des Völkerbundes wahrzunehmen haben, mit dem Ziele, den Krieg zu verhindern.

Nationalsozialistische Offiziere.

Voruntersuchung gegen die Umer Offiziere abgeschlossen

Gegen die beiden Umer Reichswehroffiziere, die beschuldigt werden, in der Reichswehr nationalsozialistische Zellen gebildet zu haben, ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden.

Die Akten werden zwecks Auflockerung der Reichsanwaltschaft zugestellt; es ist möglich, daß die Verhandlung noch im Laufe des Monats August vor dem Reichsgericht stattfinden wird. — Zurzeit befinden sich die beiden Offiziere noch im Untersuchungsgefängnis Moabit.

Nichtbestätigung eines Amtsvorstehers.

Wegen seiner politischen Betätigung.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein versagte kürzlich die Bestätigung eines gewissen Freiherrn von Hollen, Schömann bei Wismar, als Amtsvorsteher. Einige deutschnationale Landtagsabgeordnete führten in einer kleinen Anfrage Beschwerde hierüber.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, führt der preussische Innenminister in seiner Antwort aus, der Oberpräsident in Kiel habe der Wahl mit Recht die Bestätigung versagt, weil die Art und Weise, in der Freiherr von Hollen sich seit dem Kapp-Putsch bis zur Gegenwart öffentlich betätigt habe, den Schluß zulasse, daß er für das Amt eines Amtsvorstehers ungeeignet sei. Im übrigen sei die Verfassung der Bestätigung nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen endgültig, so daß Weiteres seitens des Staatsministeriums doch nicht veranlaßt werden könne.

Frieds Reinfall.

Lieber Fried, mir scheint, daß du nun wegen der Gebete schmählich unterlegen. Dieses Buch reimt sich an die bisherige schon recht imposante Siegesfeier.

Wie du heldisch auch herumgeschrien —, alle Schnoddrigkeiten, sie vermachten nicht den Staatsgerichtshof unzulässig. Muß da nicht dein deutscher Leib erzittern?

Bei der Filmprüfstelle durchgefallen, hörst im Ohr du noch die Waischen schallen. Auch beim Reichsgericht nur Niederlagen! (Mancher würde da nie wieder klagen.)

Du zollgestärkter Heimatkrieger blühest in jedem Rennen zweiter Sieger. Das Wohl, das du dir ausgesonnen, Ach, vorm Staatsgerichtshof ist's merrennen!

Wegen Hochverrats vorbestraft sein, von der Republik umparagrafiert sein, dafür im Gebet sie zu beschimpfen, schon den Haß der Jugend einzujmpfen.

Lieber Fried, damit ist es nun Effig. Deinen grimmigen Seelenschmerz erneh ich. Doch getrost: dein Siegeslauf geht weiter —, die Art wird durch Reinfall nicht gestetter.

Jonathan.

Zehn Jahre freies deutsches Ostland.

Severing spricht im Rundfunk.

In der aktuellen Abteilung der Funkstunde sprach gestern Reichsminister a. D. Severing über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen, die gestern vor 10 Jahren stattfand.

Severing führte aus: Leistungen und Erfolge des deutschen Volkes können und dürfen nicht ihre gerechte Wertung verlieren durch den Blick auf unsere augenblickliche wirtschaftliche Not. Eine Rechnung dafür, daß wir nicht Grund haben, den Kopf hängen zu lassen, ist der Geburtstag, den wir heute begehen. Wie die Nordmark, so zog auch die Ostmark nicht Reichtum und materieller Vorteil zu Deutschland. Am 14. März verließen in Flensburg die dänischen Speckpakete ihre Wirkung, im Juli geschah das gleiche gegenüber den polnischen Versprechungen. Der Glaube der Deutschen an Deutschland war unerlöschlich. Gewiß darf man keinen moralischen Maßstab an die Ansprüche der Polen stellen, die bis dahin in drei großen Reichern geschieden und getrennt lebten. Die Deutschen waren gewillt, sich weder durch Lockungen noch durch Waffen vergewaltigen zu lassen.

Wenn wir heute der Siege gedenken, die mit dem Stimmzettel in der Hand im unblutigen Ringen von der deutschen Bevölkerung erstritten worden sind, so dürfen wir nicht vorübergehen an den Kämpfen, die unter noch schwierigeren Verhältnissen um die Jahreswende 1918/19 um jeden Fußbreit deutschen Bodens in der Grenzmark geführt worden sind. Das Bild ähnelt der Lage im Rheinland vom September 1923: Die reichstreue Bevölkerung kämpfte für Deutschland! Leider haben im Rheinland verantwortungslose Menschen, die man in der Stunde der Gefahr nicht sah, sich nachher als Rächer aufgespielt und durch unheilvolle Taten dem deutschen Namen Schande gemacht. Beschämende Organe der Rohheit und des Hasses hat die deutsche Ostmark nicht gesehen, dafür aber ein tapferes Grenzvolk, das in entschlossener Abwehr zusammenstand und dadurch den polnischen General Haller zum Verzicht auf seinen Westpreußenmarsch zwang.

Der Mai 1919 brachte Friedensbedingungen, die der Befriedung Europas zuwiderlaufen und durch die Schaffung des Korridors einen Pfahl in das Fleisch der beiden Völker, der Deutschen und der Polen, stießen. Nur in Ostpreußen und in dem Regierungsbezirk Marienwerder durfte abgestimmt werden. Das übrige Westpreußen, Posen und das Soldauer und Remeler Gebiet wurden ungefragt an fremde Staaten abgetreten. Im Abstimmungsgebiet aber zeigte sich eine lädenlose Einheitsfront der Parteien, und darüber hinaus hatte der Abstimmungskommissar Goyl recht, wenn er sagte, daß nach dem Dichterwort der ärmste Sohn in der Stunde der Gefahr auch der treueste gewesen ist. 150 000 Menschen allein kamen aus dem Reich, um trotz aller Strapazen, die gerade in der wirren Zeit 1920 groß waren, für Deutschland zu stimmen. Marienwerder 92 Prozent, Allenstein 98 Prozent deutsche Stimmen, das war das Ergebnis!

Es war nicht mit Gold erkauft, wie überhaupt jede rein geldliche Dstiftung nur wirksam ist, wenn über die blutenden Grenzen hinaus das ganze Volk Gewinn hat. Ganz Deutschland braucht Bestärkung auf seinem beschwerlichen Pfade, und die Erinnerung an seine tapferen Ostmark soll ihm eine solche Bestärkung sein!

Die Reform der Krankenversicherung.

Grundlohnherabsetzung abgelehnt / Krankenscheingebühr angenommen.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags gedachte zu Beginn der Sitzung der Vorsitzende Esser der Opfer der Bergwerkskatastrophe. Für den Ausschuss versprach er, alles zu tun, was zur Milderung der Not der Familien der Opfer und zur Vermehrung ähnlicher Katastrophen geleistet werden könne. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte mit, daß die Reichsfinanzverwaltung und die Knappschaftsvereinigungen alle Hilfsmöglichkeiten für die Opfer getroffen hätten.

Bei der Beratung der Krankenversicherungsnovelle wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und eines Zentrumsgesandten die Bestimmung der Vorlage abgelehnt, wonach der Grundlohn von 10 auf 9 Mark herabgesetzt werden soll. Die Bestimmung der Vorlage, für jede Arzneiverordnung vom Versicherten einen Zuschuß von 50 Pf. zu fordern, wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, nur 20 Pf. zu rechnen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Ausschuss beschloß ferner mit einer Stimme Mehrheit, die Gebühr für den Krankenschein auf 50 Pf. festzusetzen. Dieser Satz entspricht dem Vorschlag des Reichsrats, während die Regierungsvorlage 1 Mark vorsah. Durch Setzung kann die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von jährlich bis 4000 Mark bis auf die Hälfte ermäßigt, für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7000 Mark um die Hälfte erhöht werden. Entsprechend der Regierungsvorlage wurde beschlossen, daß die Gebühr mit Zustimmung des Oberpräsidenten aus besonderen Gründen auf ein Viertel herabgesetzt werden kann.

Die Trauer um Neurode.

Rundgebung des Nationalrats.

Mün., 11. Juli. (Eigenbericht.)

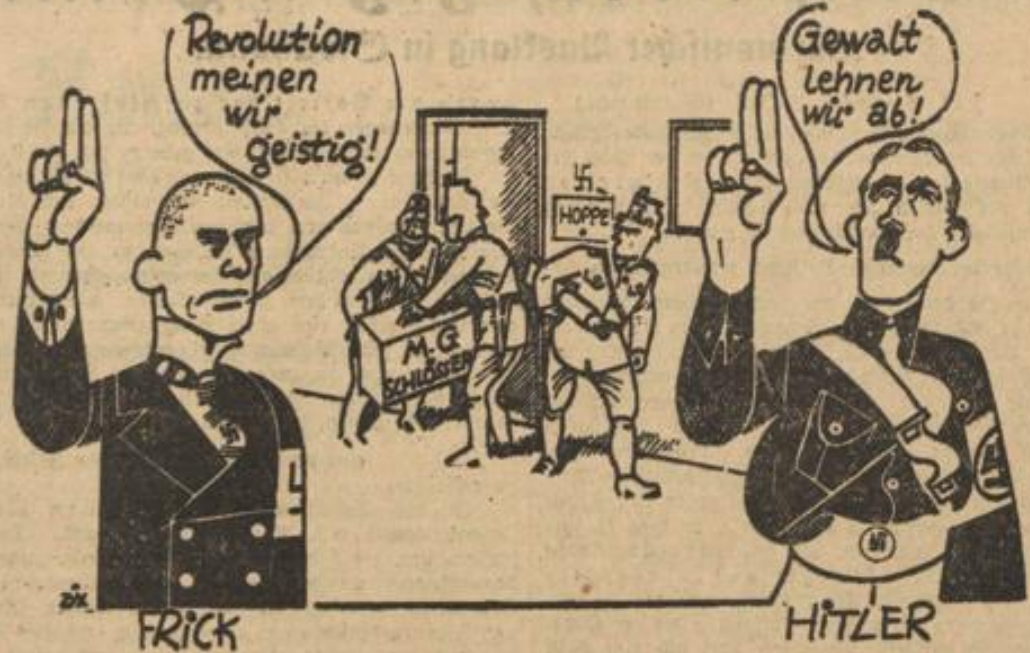
Im Nationalrat gedachte Präsident Dr. Gürtler der Grubenkatastrophe im Neuroder Revier mit folgenden Worten:

„Welches Menschenherz wäre nicht tief erschüttert ob des namenlosen Elends, in das ein kurzer Augenblick viele hundert Familien jäh gestürzt hat. Wir Österreicher, die wir in treuer Bruderschaft Freude und Leid mit unseren Stammesgenossen im Reich teilen, gedenken mit tiefer Ergriffenheit der besonnenen Ladosapier und ihrer Hinterbliebenen. Wir trauern mit ganz Deutschland um den Verlust so vieler braven Mitbürger, die inmitten schaffender Arbeit in treuer Pflichterfüllung vom Tode gefaßt wurden. Wir senden dem schwergeprüften Brudervolk unsere wehmütvollsten Grüße, indem wir gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den bewundernswürdigen Bemühungen der tapferen Retter gelingen möge, noch manchen der Bergleute dem Tode zu entreißen.“

Auch alle reichsdeutschen Landtage und Landesregierungen, sowie die Vertretungen des Auslandes haben Beileidskundgebungen gesandt.

Jemeamnestie und Kommunisten. In unserer Morgenausgabe vom 10. Juli gaben wir den Inhalt eines Gesprächs wieder, das zwischen dem Justizminister Dr. Bredt und einem Kommunisten über die Amnestie geführt worden ist. Berichtigend sei hinzugefügt, daß es nicht der Hg. Torgler, sondern der Abg. Dr. Alexander war, der mit dem Justizminister gesprochen hat.

Die Schwurzeugen.



Woher in aller Welt kommen nur die Waffenlager?

Reichsrat begründet Amnestieeinspruch.

Gefährdung der Rechtsicherheit.

Der Reichsrat hat am Freitagnachmittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Soel vom Reichsjustizministerium die Begründung zu seinem gestrigen Beschluß gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz festzustellen. Die Ausschüsse schlugen folgende Begründung vor:

Der vom Reichstag angenommene Initiativgesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 sieht Straffreiheit vor für Verbrechen wider das Leben, die aus politischen Beweggründen begangen sind. Es erscheint nicht erträglich, für diese Verbrechen in der gegenwärtigen Zeit Straffreiheit zu gewähren. Die Verrohung des politischen Kampfes hat in der letzten Zeit in erschreckendem Maße zugenommen: die Zahl der schweren politischen Straftaten steigt in bedauerlichem Umfang, Angriffe auf Leib und Leben des politischen Gegners werden fast täglich verübt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung sowie der Autorität des Staates erfordert eine energische Bekämpfung dieser Zustände; eine Amnestierung politischer Straftaten gegen das Leben aber ist geeignet, dieser Bekämpfung entgegenzuwirken und einen Anreiz zur Begabung weiterer schwerer Straftaten zu

bilden, insbesondere für diejenigen, die heute offen oder versteckt für die Gewalttat als politisches Kampfmittel eintreten.

Es kann deshalb die Verantwortung für eine Gesetzesbestimmung nicht übernommen werden, die über die weitgehenden Strafmilderungen, wie sie bereits das Amnestiegesetz vom 14. Juli 1928 in Anerkennung der besonderen Verhältnisse der Nachkriegszeit für Verbrechen wider das Leben angeordnet hat, noch hinausgeht. Eine Häufung von Amnestien in dem bisherigen Ausmaß muß im übrigen zu einer schweren Erschütterung der Rechtsicherheit führen.

Die von den Ausschüssen ausgearbeitete Begründung wurde dann von derselben Mehrheit beschlossen, die am Donnerstag für die Erhebung des Einspruchs gestimmt hatte.

Der Reichsrat stimmte ferner dem Gesetz zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und dem Baufreditgesetz für 1930 zu. Der erste Entwurf enthält Maßnahmen zur Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues, der zweite stellt die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und des Straßenbaues vor.

Die Spaltung bei den Nazis.

Medlenburger Nationalsozialisten fordern Erklärungen.

Schwerin, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Der Krach im Lager der Nationalsozialisten dürfte schon in den nächsten Tagen auf Medlenburg übergraben. Darüber läßt eine Erklärung der beiden nationalsozialistischen Abgeordneten des Landtags von Medlenburg-Schwerin nicht mehr den geringsten Zweifel. In der Erklärung heißt es zum Schluß:

„Wir haben unsere Pflicht als Abgeordnete gemäß unserer 1925 übernommenen Aufgabe wahrhaftig und ohne Nachsicht der ursprünglichen Ziele durchzuführen versucht. Mit dem durchaus ungeklärten Vorgehen in Berlin sind nunmehr erneut ernste Zweifel auch in unserem Gau hervorgerufen worden. Presse-meldungen, nach denen die medlenburgischen Abgeordneten aus der NSDAP. ausgeschlossen werden sollen, wurden befreundeterweise nicht widerrufen. Wir werden unseren Parteigenossen von uns aus über alle diese Vorgänge Klarheit verschaffen, und geben der festen Erwartung Ausdruck, daß die Reichsleitung der NSDAP. allen revolutionären Nationalsozialisten gegenüber alles tun wird, um über die wahren Ursachen der letzten Vorgänge in der Partei — nunmehr sachlich — politische Aufklärung zu geben.“

Und Hitler? Er dürfte mit dem Ausschluß der beiden nationalsozialistischen Abgeordneten des Landtags von Medlenburg-Schwerin antworten.

Polnische Instruktionen verschwunden.

Postbeamte deshalb amtsentlassen.

Kattowitz, 11. Juli.

Nach einer Meldung aus Warschau sollte eine Kommission des Postministeriums dieser Tage beim Kattowitzer Postamt, da ein wichtiger Brief des Außenministers, der Befehle für einen polnischen Konsul in Deutschland enthielt, in Kattowitz verschwunden sein soll. Im Zusammenhang hiermit sind einige Beamte des Kattowitzer Postamtes ihrer Posten entlassen worden.

Grausige Enthüllungen Burzeffs.

Kuljepow, Enkführer in Rostau erschossen?

Paris, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Entführung des weißrussischen Generals Kuljepow macht nach langem Stillstehen wieder von sich reden. Der russische Journalist Burzeff (bekannt durch seine Enttarnung des Dschon-Dschuphals Affen in der Korkriegszeit. Red.) will in eifriger Detektivarbeit festgestellt haben, daß Kuljepow von Agenten der G.P.U. entführt und daß darauf ermordet worden sei. Man habe ihm aus Ungeschick eine zu starke Dosis eines Betäubungsmittels gegeben. Die schuldigen Agenten seien nach ihrer Rückkehr nach Rostau abgeurteilt und sofort erschossen worden.

Vor der französischen Polizei, wo Burzeff nähere Einzelheiten bekanntgeben sollte, zeigte sich der neue Kronzeuge sehr schweigsam und zog sich hinter den Schutz des Berufsgeheimnisses zurück.

Der indische Boykott wirkt.

Schon ein Viertel eingebüßt.

Bombay, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Baumwolleneinfuhr von England nach Indien ist nach der neuesten Statistik in den Monaten April und Mai bereits um 23 1/2 Prozent niedriger als in den gleichen Monaten des Vorjahres, obwohl der Boykott gegen die englischen Waren erst im Juni mit aller Schärfe eingesetzt hat.

Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot kam es am Freitag wiederum zu großen Unruhen. Die Polizei trieb die Massen auseinander. 60 Personen wurden verletzt.

Wegen Kinderehe verurteilt.

Ein Mohammedaner verheiratete seinen siebenjährigen Sohn

Lahore, 11. Juli.

In Kohat (Punjab) ist zum ersten Male in Indien eine Verurteilung auf Grund der Sarva-Verordnung erfolgt, die in diesem Jahre in Kraft getreten ist und die Heiraten von Knaben unter achtzehn Jahren und von Mädchen unter vierzehn Jahren verbietet. Der Richter, der selbst Mohammedaner ist, verurteilte einen anderen Mohammedaner zu fünfzehn Tagen Gefängnis, weil er seinen siebenjährigen Sohn trotz der Warnung des Dorfschulzen verheiratet hatte.

Der ägyptische Volkssturm.

Kabas propagiert Steuerstreik und Bahnboykott.

Kairo, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Begrüßungsfeierlichkeiten für die vor wenigen Tagen im Reichsrath getöteten Anhänger des Saad endeten mit großen Demonstrationen gegen die antiparlamentarische Regierung des Königs Fuad. In den Kundgebungen, die ruhig verliefen, beteiligten sich etwa 80 000 Menschen.

Der frühere Ministerpräsident Rabas Pascha begann mit der angeforderten öffentlichen Propaganda gegen das Diktatorregime. Er forderte die Beamenschaft zum Rücktritt und die Bevölkerung zum Steuerstreik und zum Boykott der Eisenbahnen auf.

Die Beratungen der Reichsregierung über den Vorläufer der deutschen Antwort auf das französische Europa-Memorandum sind abgeschlossen. Die Antwort wird nunmehr der deutschen Botschaft in Paris übermittelt werden, die sie in den nächsten Tagen der französischen Regierung übergeben wird. Die Antwort wird nach ihrer Uebersetzung veröffentlicht werden.

Das deutsch-polnische Schiedsgericht verhandelt unter Vorsitz des Prof. Lachert-Gent in Paris über Klagen der während des Krieges in Deutschland beschäftigten polnischen Landarbeiter gegen ihre damaligen Dienstherren. Deutsches Mitglied des Schiedsgerichts ist Prof. Bruhns-Berlin, polnisches Schiedsrichter Prof. Kamitjewicz-Warschau.

Für Weltfrieden, gegen Zollkrieg.

Harmonischer Ausklang in Stockholm.

J. St. Stockholm, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Der Internationale Gewerkschaftskongress ist zu Ende. Wenn es auch gestern zu lebhaften Auseinandersetzungen bei der Wahl des Eises der Internationale kam, so sind die Unstimmigkeiten offenbar inzwischen vollkommen überwunden. Der Kongress endete in einem vollständig harmonischen Ausklang.

Einstimmig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt;

ebenso einstimmig wurde beschlossen, den nächsten Internationalen Kongress in Brüssel abzuhalten. Die Schlussrede von Jouhaug klang aus in einer Verherrlichung der durch ihre Vielfältigkeit um so stärkeren Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Jouhaug erklärte in seiner Schlussrede: Ein neuer Akt der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist abgeschlossen. Wir haben auf diesem Kongress wichtige und weitreichende Entscheidungen gefällt, ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt, ein sozialpolitisches Programm, Beschlüsse gefasst gegen den Faschismus, gegen den Krieg; wir haben diese Beschlüsse gefasst in dem Wissen, in dem es uns möglich war, jetzt schon wirksam zu sein. Wir sind nicht voll befriedigt von diesen Lösungen, denn alle Lösungen auf internationalem Gebiet sind notwendigerweise Kompromisse, weil wir die verschiedenen Entwürfe und die verschiedenen Auffassungen der verschiedenen Länder berücksichtigen müssen. Wenn wir aber alle den Geist der Entschlüsse richtig verstehen, dann werden wir es auch verstehen, sie in die Praxis umzusetzen. Wir haben beschlossen, den Sieg der Internationale nach Berlin zu verlegen. Man darf aus diesem Anlass keineswegs ein Land gegen das andere ausspielen. Was der Kongress mit diesem Beschlusse gewollt hat, das war einzig,

die Internationale auf eine bessere Grundlage zu stellen,

ihre eine bessere Möglichkeit zur Entfaltung zu geben. Die Zahl allein macht es nicht aus, sondern es ist ihr Geist, der alle bezieht, es ist die Vielgestaltigkeit der Gesamtorganisationen der Internationale, und in diesem Sinne wollen wir gemeinsam arbeiten und können wir sagen, daß wir im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet haben. (Beifall, lang anhaltender Beifall.)

Heute wurden die Berichte aus den Kommissionen gegeben. Ueber die Wahl des Generalsekretärs berichtete Kupers, daß man übereingekommen sei, den Genossen Saffenbach zu erwählen, noch vier bis sechs Monate im Amt zu bleiben. Sofort nach Schluß des Kongresses werde der Vorstand die Landeszentralen auffordern, Vorschläge zu machen zur Ernennung eines Generalsekretärs. Werde nur ein Vorschlag gemacht (Saffenbach), dann erübrige es sich, den Ausschuss einzuberufen. Liegen mehrere Vorschläge vor, dann werde der Ausschuss entscheiden.

Für die Kommission über die Sozialpolitik berichtete Mertens, der Richtlinien vorlegt, die wir noch veröffentlichen werden. Nach einer kurzen Debatte, an der Umbreit, Schoof, Dösterreich und Haydan teilnahmen, wurden die Richtlinien einstimmig angenommen. In den Richtlinien wird u. a. vorgeschlagen, für die

bestmögliche Einführung der 44-Stunden-Woche

in Aktion zu treten, die aber nur als Gruppe für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit betrachtet wird. Egger berichtet hierauf für die wirtschaftspolitische Kommission und legt dem Kongress ein Wirtschaftsprogramm vor.

In der Diskussion spricht Alter-Pölen für die Möglichkeit, das eigene Land durch Zollmaßnahmen zu schützen, besonders soweit es sich um soziale Errungenschaften handelt. Jouhaug erwidert, daß es sich nicht um Schutzoll oder Freihandels, sondern darum handelt, grundsätzlich für die Politik der offenen Tür und

gegen die Politik der geschlossenen Tür einzutreten. Wir übernehmen die Verpflichtung, für die Beseitigung der Zollschranken zu arbeiten, und hier gebe es nur ein Entweder — Oder.

Jouhaug erstattet seinen Bericht über die Frage der Kriegsbekämpfung, zu der die Kommission eine Resolution vorlegt, die wir ebenfalls noch veröffentlichen werden. Jouhaug nimmt in seiner kurzen Begründung Stellung zu dem Vorschlag der Bergarbeiter, einen 24stündigen Demonstrationstreik gegen den Krieg und die Kriegsgewinne zu veranstalten. Ein derartiger Streik habe nur Sinn, wenn eine akute Kriegsgewinnlage vorliege, dann oder sei es meist zu spät, notwendig sei, rechtzeitig zu handeln und ständig die Regierungen zu zwingen, alle ihre Zwistigkeiten mit anderen Ländern, Schiedsgerichten zu unterbreiten. Es handle sich nicht um Gefühlsäußerungen, sondern darum,

eine praktische Aktion für den Frieden

zu entfalten.

In der Diskussion sprechen Fimmen (Transportarbeiter-Internationale) und Weizains-Netland. Dieser schlägt besonders vor, einen bestimmten Tag im Jahre gegen den Krieg zu demonstrieren, und weist auf die großen Ausgaben hin, die gewisse Staaten im Haushalt für das Militär machen. Zwischen Jouhaug und Fimmen kommt es zu einer ziemlich lebhaften Diskussion. Fimmen tritt für eine schärfere Aktion ein und beruft sich darauf, daß die Transportarbeiter-Internationale wiederholt gegen den Krieg praktische Aktionen geführt habe. Die Entscheidung wird schließlich einstimmig angenommen. Zusammenfassend berichtet über die Resolution betreffend die Länder ohne Demokratie. Auch darauf werden wir noch zurückkommen. Joshi-Indien begrüßt den Vorschlag und unterstützt ihn. Man habe aber wohl — gewiß nicht mit Absicht — vergessen, Indien zu nennen. Indien befinde sich in derselben Situation wie die europäischen Länder ohne Demokratie, teilweise sogar seien die Arbeiter dort in noch schlechterer Lage. Joshi richtet einen

Appell an die englische Arbeiterpartei und die englische Arbeiterregierung,

die Gelegenheit, wo sie an der Macht seien, zu nützen, um für die indische Arbeiterpartei etwas zu tun. Schließlich wird die Resolution der Kommission einstimmig angenommen.

Damit war der Kongress am Ende seiner Arbeiten angelangt. Nach der Schlussrede von Jouhaug erhoben sich die Delegierten und sangen in allen Sprachen der Welt die Internationale. Man kann wohl sagen, daß die Gewerkschaftsinternationale jetzt mit Vertrauen und mit verstärkter Kraft an ihre Aufgaben herangehen wird.

Ehrung des verstorbenen österreichischen Metallarbeiterführers Domes.

J. St. Stockholm, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Kurz vor Schluß der Sitzung teilt Jouhaug mit, daß soeben die Nachricht von dem Tode des österreichischen Metallarbeiterführers und Nationalrates Domes eingetroffen sei, dem er folgenden Nachruf hielt, den der Kongress stehend anhört:

„Wir alle kannten ihn, der aus der Arbeiterklasse aufgestiegen ist; wir kannten die Klugheit und die Tatkraft, mit der er der Arbeiterbewegung gedient hat bis zur letzten Minute seines Lebens. Wir werden sein Andenken ehren, indem wir seinem Beispiel nach-eifern.“

Der Kongress beschloß eine Beileidskundgebung an die österreichische Gewerkschaft und an die Familie des Verstorbenen.

Ein gerechtes Urteil.

Lebenslängliche Rente für mißhandelten Lehrling.

Im Verkehr mit seinen Lehrlingen ist der Installateur St. sehr „schlagfertig“. Als er einem Lehrling Vorkhaltungen machte, weil dieser eine ihm auftragene Arbeit nicht ausgeführt habe und der Lehrling versicherte, er habe die Arbeit gemacht, schlug ihn der Meister mit der Faust ins Gesicht. Der Lehrling jammerte: „Jetzt haben Sie mich ins Auge geschlagen.“ Ein zweiter Schlag des Meisters, diesmal gegen den Hinterkopf des Lehrlings, war die Antwort.

Bald zeigten sich die Folgen des so brutal ausgeübten „väterlichen Zuchtmaßrechtes“ des Lehrherren. Der Lehrling hat die Sehkraft des geschlagenen Auges vollständig und für immer verloren. Infolgedessen ist er nach ärztlicher Feststellung um 20 Proz. erwerbsbeschränkt.

Der junge Mann, der nun für sein ganzes Leben ein Krüppel ist, klagte im Bestande seines Vaters beim Arbeitsgericht. Er forderte, daß ihn der „schlagfertige“ Lehrmeister für die Erwerbsbeschränkung schadlos halte. Das Jahresseinkommen, das er als Installateur würde erwerben können, betrage 3000 M., so daß ihm der Beklagte eine Jahresrente von 600 M. und ein Schmerzensgeld von 1000 M. zu zahlen habe.

Der Vertreter des Beklagten verstieg sich zu der im Zuhörerraum mit Entrüstung aufgenommenen Bemerkung, der Schlag ins Auge könne die schwere Schädigung nicht herbeigeführt haben, diese sei vielmehr auf eine vom Kläger verursachte „künstliche Reizung“ des Auges zurückzuführen, damit er die geforderte Entschädigung erhalte!

Mit dieser unerhörten Behauptung, die der Vater des Klägers entrüstet zurückwies, fand der Beklagte beim Gericht keinen Glauben. Die Forderung des Klägers wurde dem Grunde nach als berechtigt anerkannt, aber die Höhe der geforderten Entschädigung wurde herabgesetzt. Das Gericht ging davon aus, daß ein Arbeiter nicht ununterbrochen Beschäftigung habe und nahm deshalb ein Jahresseinkommen von 2000 bis 2400 M. an. Der Beklagte wurde verurteilt, dem Kläger eine lebenslängliche Rente von 450 Mark jährlich und ein einmaliges Schmerzensgeld von 1000 Mark zu zahlen.

Protest der Nordwest-Angestellten.

Gegen den Abbau ihrer Gehälter

Gegen die Massenentlassungen zum Zwecke des Gehaltsabbaus in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie haben die freigestellten Angestellten in Offen mit einem scharfen Protest Stellung genommen. In der von ihnen angenommenen Entschädigung heißt es u. a.: Die Schlichtungsinstanzen haben in Verkennung ihrer Aufgabe dem Arbeitgeberverband Nordwest für den Abbau der Einkommen der Arbeiter und Angestellten einen Freibrief ausgestellt. Die Durchführung des Abbaues bedeutet eine Senkung des

Realeinkommens für etwa 20 000 Angestellte, deren tatsächliche Bezüge hinter den Tarifdurchschnittseinkommen im Reich zurückbleiben. Eine Kürzung gerade ihrer Bezüge kommt einem Verbrechen gleich. Der Reichsarbeitsminister hat sich im Reichsrat gegen solche Folgewirkungen der Lohnabbauaktion ausgesprochen. Man erwartet von ihm, daß er zu seinem Wort steht und die notwendigen Maßnahmen ergreift, um eine Verminderung des Reallohnes der Angestellten zu verhindern.

Die Berliner Schuhmacher zum Verbandstag

Schluß mit der kommunistischen Freundschaft.

In der letzten Mitgliederversammlung der Berliner Jahrestelle des Zentralverbandes der Schuhmacher berichteten die Delegierten über den Magdeburger Verbandstag. Einleitend wendete sich Zoller gegen die Schreibe der kommunistischen Presse, die unwahre Berichte über den Verbandstag verbreitete. Er habe die KPD auf dem Verbandstag nicht angegriffen. Die Berliner Delegierten hätten allerdings gegen die Zulassung des kommunistischen Pressevertreters, die den berüchtigten Spalter Peterjohn entsandt habe, gestimmt. Unter Hinweis auf den möglichen Besuch der Mitgliederversammlung wurde kurz über die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages gesprochen.

Die Berliner Delegierten bedauerten, daß keine „geschlossene“ Opposition auf dem Verbandstag austrat. Die Beschlüsse des Verbandstages gestiegen den sogenannten Oppositionellen nicht, obwohl festgestellt werden mußte, daß der Verbandstag z. B. zur Frage der Arbeitszeit, zur Unterstufungsfrage sowohl wie zur Verschmelzung mit den anderen zur Lederindustrie gehörenden Verbänden fortschrittliche Beschlüsse gefaßt hat.

In der Aussprache zum Bericht rückten mehrere Mitglieder ganz energig von dem Treiben der KPD ab und erklärten, daß sie die phantastischen Parolen nicht mehr mitmachen könnten. Auch Zoller rückt jetzt, im Gegensatz zu früher, gegen die „revolutionären Unorganisierten“ zu Felde. Die Ortsverwaltung hätte vor der Versammlung folgendes Rundschreiben gegen die „Rote Fahne“ veröffentlicht:

„Wir stellen unseren Mitgliedern mit, daß auf Beschluß der Ortsverwaltung vom 20. Juni 1930 die „Rote Fahne“ bis auf weiteres nicht mehr als Publikationsorgan von uns benutzt wird, weil die „Rote Fahne“

1. in den letzten Monaten, besonders beim Streit der Schuhmacher, die Aufnahme von Situationsberichten der Ortsverwaltung wiederholt perweigert und eigene gehässige Artikel gegen die Jahrestelle veröffentlicht hat;

2. wiederholt irreführende Artikel und Versammlungsanzeigen der von Aktin geschaffenen Splittorganisation veröffentlichte mit der offensichtlichen Absicht, unsere Mitglieder irreführen und unsere Organisation zu schädigen.

Die Anzeigen für unsere Versammlungen erfolgen bis auf weiteres durch Handzettel und Rundschreiben, die von unseren Funktionären zur Verteilung kommen.“

In der Aussprache verlangten mehrere Redner, daß die Arbeiter-

presse von der Ortsverwaltung Berichte erhalten soll. Ms Arbeiterpresse kann für die Berliner Schuhmacher nach den Beschlüssen des Verbandstages und den Berliner Verhältnissen jedoch nur der „Vorwärts“ in Frage kommen.

Mitgeteilt wurde noch, daß der Ferienurlaub der Fabrikanten in diesem Jahre Auswüchse angenommen hat, die nach weit über die kürzlich gezeichneten Zustände hinausgehen. Die oppositionelle Ortsverwaltung begnügt sich jedoch scheinbar mit der Feststellung dieser Tatsache. Von irgendwelchen Abwehrmaßnahmen wurde nicht berichtet.

Zentrums-Presse-Werbedienst verklagt.

Das Reichsarbeitsgericht weist die Klage ab.

Der Geschäftsführer M. war bei dem Zentrums-Presse-Werbedienst in Berlin als Mitarbeiter angestellt worden. Der Werbedienst hat am 19. Oktober den Vertrag angefochten, da der Kläger M. wegen Untreue und schwerer Urkundenfälschung verurteilt worden war, dies aber bei der Anstellung der Beklagten verschwiegen habe. Für die Beklagte, die als Organ einer politischen Partei im Mittelpunkt des politischen Kampfes steht, könnten an exponierten Stellen nur makellose Personen beschäftigt werden.

Der Kläger beansprucht Weiterzahlung des Gehalts, indem er unter anderem geltend macht, dem ersten Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Reichsminister a. D. Giesberts, seien die Vorstrafen bekannt gewesen. Dieser habe aber dem zuständigen Herrn der Partei erklärt, daß der Kläger zwar vorbestraft sei, sich aber jetzt tadellos führe.

In der Verhandlung des Landesarbeitsgerichts Berlin hat Giesberts betundet, daß ihm von den Vorstrafen des Klägers nichts bekannt gewesen sei. Denn hätte die Partei Kenntnis von den Vorstrafen des Klägers gehabt, wäre er nicht in den Zentrumspressedienst eingestellt worden. Gegen die abweisenden Entscheidungen des Arbeits- und auch des Landesarbeitsgerichts in Berlin erhob der Kläger Revision. Das Reichsarbeitsgericht wies seine Revision als unbegründet zurück, da keine Entlassung zu Recht erfolgt ist.

Schiedspruch für München-Gladbach.

Arbeitszeit der Textilarbeiter eine Stunde verkürzt.

Am Mittwoch fällt der Schlichtungsausschuss im Arbeitszeitkonflikt in der München-Gladbacher Textilindustrie einen Schiedspruch, wonach das bisherige Arbeitszeitabkommen wieder in Kraft gesetzt wird, jedoch mit der Maßgabe, daß vom Unternehmer über die 48stündige Wochenarbeitszeit hinaus anstatt wie bisher drei Ueberstunden nur noch zwei Ueberstunden angedordnet werden können. Für weitere zwei Ueberstunden bedarf der Unternehmer nach wie vor der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Durch die Einschränkung der Anordnungsbezugnis des Unternehmers auf zwei Ueberstunden ist die Gesamtzahl der wöchentlich zulässigen Ueberstunden von fünf auf vier reduziert worden und damit auch die insgesamt zulässige Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden. Das Abkommen soll erstmalig zum 1. Juli 1931 kündbar sein.

Unfälle im preussischen Bergbau.

125 644 im Jahre 1929, wovon 1191 tödlich.

Die Unfallstatistik des preussischen Bergbaus für das Jahr 1929 zeigt nach den amtlichen Mitteilungen ein folgendes Bild: Insgesamt ereigneten sich 125 644 Unfälle (im Jahre 1928: 128 651). Davon waren tödlich 1191 (1129), eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen hatten zur Folge 40 25 (4323) Unfälle, eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als vier bis einschließlich 13 Wochen 33 604 (33 533) Unfälle. Die tödlichen Unfälle verteilten sich zu 82,9 Proz. (81,9) auf den Untertagebetrieb, zu 4,9 Proz. (5,2) auf den Tagebau und zu 12,2 Proz. (12,9) auf die Tagesanlagen.

Im Steinkohlenbergbau entfielen auf 1000 Mann der Belegschaft: 234,62 Unfälle insgesamt (239,07), davon 2,12 (2,02) tödlich, 7,02 (7,88) mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen und 61,78 (63,00) mit einer solchen von mehrere als vier bis einschließlich 13 Wochen.

Die einzelnen Unfallarten waren, gemessen an den tödlichen Unfällen unter Tage im gesamten Bergbau, folgendermaßen beteiligt: Stein- und Kohlenfall 42,5 Proz. (42,5 Proz.), in Schächten und einfallenden Strecken 27,8 Proz. (30,1 Proz.), in föhlichen Strecken und im Abbau 18,3 Proz. (17,0 Proz.), durch Sprengstoffe 2,0 Proz. (3,2 Proz.), durch Gase und Kohlenstaub 5,8 Proz. (3,1 Proz.). Bei Ziffer 2 und 3 handelt es sich hauptsächlich um Unfälle bei der Fahrung und Förderung.

Freie Gewerkschafts-Zuaend Berlin

Seitens folgende Veranstaltungen: Gruppe Landarbeiter: Fahrt nach Radebeul, Treffen um 17½ Uhr im Radebeuler Landarbeiterklub. Anhalten 1.50 M. — Frankfurter Kreis: Treffen um 17½ Uhr am Bahnhof Borsdorf, Treffen zur Fahrt nach Radebeul. — Schachauer Kreis: Fahrt zum Uebersee, Treffen um 17½ Uhr am Berliner Torbahnhof (Guhlenstraße bei Damm). — Fahrtenlohn (Kohle) nach dem Samstags bei Radebeul, Treffen um 19½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen — Ballenwinkel. — Werbung: Fahrt nach dem Uebersee, Treffpunkt 19½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (Fahrräder). — Morgen, Sonntag, folgende Veranstaltungen: Gruppe Süden, Schwedisch: Fahrt nach Radebeul, Treffen um 7 Uhr am Berliner Torbahnhof. — Die drei Berliner Gruppen treffen sich um 7½ Uhr am Bahnhof Hermannplatz (Fahrräder) zur Besichtigung der Ausstellung „All-Berlin“. Anschließend Fahrt nach dem Grunewald.

Zusendrunde des Zentralverbandes der Ansoestellen

Seitens, Sonnabend, finden folgende Veranstaltungen statt: Spiel und Sport: Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Humboldthain.

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: G. Steiner; Freizeiten: A. B. Döcker; Gales und Sonstiges: Rein Roth; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Smirer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.



Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten. / 1800000 Dankschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat bezieht, völlig umsonst und portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg S 10 Die Pfarrer Heumann-Heilmittel erhalten Sie

In allen Apotheken Berlins, bestimmt Zions-Apotheke, Berlin N 31, Anklamer Straße 29, an der Ecke Brunnenstraße, ca. 5 Minuten vom Rosenthaler Platz. Adler-Apotheke, Berlin-Friedenau, Rheinstraße 14, Heeres-Apotheke, Berlin O., Gubener Straße 33, Schweizer-Apotheke, Berlin W 8, Friedrichstraße 173, Friedrich-Wilhelm-Apotheke, Charlottenburg, Leibnizstraße 106, Rosen-Apotheke, Eichwalde-Berlin

Heldentaten der Retter.

Todesmutig ohne Gaschutz in die Grube.

Neurode, 11. Juli.

Der Unfallauschuß für Niederschlesien der Grubenoberaufsichtskommission für den Oberbergamtsbezirk Breslau, der am Freitag auf der Kurt-Schachtanlage bei Hausdorf der Benzoeslausgrube tagte, ist zu folgenden Feststellungen gekommen, aus dem auch hervorgeht, daß die von allen niederschlesischen Gruben herbeigeleiteten Rettungsmannschaften mit Einsatz ihres Lebens sich an der Rettung ihrer Arbeitsgenossen beteiligt haben.

Der Bericht lautet: Am 9. Juli gegen 4 Uhr nachmittags ereignete sich auf dem Kurt-Schacht während der Arbeit ein schwerer Kohlenfäureausbruch, durch den 151 Bergleute tödlich verunglückten. Die Ausbruchsstelle liegt im Benzoeslausflöz dritte Sohle in der 17. Abteilung. In dem Flöz war im wesentlichen ein 200 Meter langer Abbaustreb mit der zugehörigen oberen und unteren Abbaustrebe belegt. Von der Belegschaft dieser Betriebspunkte haben bisher 69 Mann noch nicht geborgen werden können.

Aus der 17. Abteilung ist die in großen Mengen ausgebrochene Kohlenfäure dem frischen Wetterstrom entgegen bis in die Nähe des einziehenden Wetterwachtes vorgeedrungen und mit den frischen Wettern in die Baue der 18. Abteilung übergetreten, wodurch auch diese Betriebe vergast wurden. Nachdem die Lage der Abbaustelle in der 17. Abteilung feststand, wurde diese Abteilung abgeschlossen, um das weitere Ausströmen der Kohlenfäure in die Baue der 18. Abteilung zu verhindern. Zu dieser Zeit war es nach Lage der Verhältnisse bereits ausgeschlossen, daß sich von der Belegschaft des Benzoeslausflözes noch Leute am Leben befänden. Die Durchführung dieser Maßnahme ermöglichte, abgesehen von der Behinderung eines weiteren Ueberströmens der Kohlenfäure, die Zuführung größerer Mengen frischer Wetter nach den bereits vergasteten Betrieben der 18. Abteilung und ein schnelleres Vordringen der Rettungsmannschaften in diese.

Die Rettungs- und Bergungsarbeiten wurden nach dem Ausbruch ununterbrochen Tag und Nacht durchgeführt.

Nur dadurch, daß die Rettungsmannschaften, die von allen niederschlesischen Gruben herbeigeleitet waren, zur Beschleunigung des Rettungswerkes ohne Gaschutzgeräte unter Lebensgefahr voringen, wurde der letzte Erfolg möglich, daß aus den vergasteten Betrieben noch 49 Mann, die meist bereits bewußtlos waren, lebend geborgen wurden.

Um an die in der 17. Abteilung befindlichen Verunglückten gelangen zu können, ist noch die Beilegung von Kohlenfäure aus verschiedenen Bauen sowie die Ausräumung der ausgeworfenen Massen erforderlich, eine Arbeit, die voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen und ununterbrochen fortgesetzt wird. Ueber die Ursache des Ausbruches läßt sich ein Urteil erst fällen, wenn der Ausbruchsherd freigelegt ist.

Die wahrhaft heldenmütige Selbstopferung der Retter, die die denkbar höchste Anerkennung des Staates verdient, weist aber andererseits die Frage auf, wie es kommt, daß in notorisch gefährdeten Zechen offenbar viel zu wenig Gaschutzgerät vorhanden ist. Die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, daß diese Frage schnell und reiflos aufgeklärt wird.

In Hausdorf werden seit Freitag Gräber für je sechs Bergleute in Reihen ausgehoben, teilweise von Verwandten, die versetzt mit zusammengespreizten Lippen ihre Arbeit verrichten. Am Sonnabend werden die bis jetzt geborgenen Toten im Belegschaftshaus Wölke aufgebahrt und für den Besuch ihrer Angehörigen freigegeben. Die öffentliche Trauerfeier wird den Sonn-

tagvormittag ausfallen. Sie beginnt um 8 Uhr auf dem neuen katholischen Friedhof in Hausdorf. Von dort werden blumengeschmückte Aufomobile die auswärtigen Verunglückten zu den Heimatfriedhöfen bringen.

Erschwerte Bergungsarbeiten.

Neurode, 11. Juli.

Am Laufe der vergangenen Nacht machten die Bergungsarbeiten auf dem Kurt-Schacht keine großen Fortschritte. Nur zwei Bergleute konnten noch geborgen werden; einem von ihnen waren durch den ungeheuren Druck die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen. Er wurde völlig nackt aufgefunden. Die Bergungsmannschaften sind jetzt etwa fünf Meter von dem Hauptpfeiler entfernt. Die Bergungsarbeiten sind ungeheuer schwierig und anstrengend, so daß die Mannschaften nach 15 Minuten vollständig ermüdet sind und abgelöst werden müssen. Von der Beschaffenheit des Hauptpfeilers wird es abhängen, wie sich die weiteren Bergungsarbeiten gestalten. Dann wird man auch den Herd der Katastrophe feststellen können, der auch noch auf der Straße hinter dem Hauptpfeiler liegen kann.

Ueber die Ursache des Unglücks läßt sich immer noch nichts sagen. Es kursieren die verschiedensten Gerüchte. Man gibt die Schuld zunächst der Schrämmaschine, die arbeitete, als der Kohlenfäureausbruch erfolgte. Diese Maschine, die einen Reil in den Flöz hineinträgt, wird dort angewandt, wo die Kohlenfäure nicht so stark ist, daß mit dem Schiebsverfahren gearbeitet werden müßte. Es kann natürlich geschehen, daß ein plötzlicher Riß entsteht und daß durch diesen Riß Kohlenfäuremassen ausbrechen. Es besteht aber noch eine andere Möglichkeit, die das Unglück herbeigeführt haben könnte. An Stelle der herausgenommenen Kohlen werden Steine gesetzt, um den freigewordenen Raum auszufüllen. Es besteht die Möglichkeit, daß sich das Gestein allmählich wieder auflöst. Wenn allerdings Stützhölzer plötzlich nachlassen und sich das Gestein durchsetzt, kann durch den mit Naturnotwendigkeit erfolgenden Schlag ein Kohlenfäureausbruch hervorgerufen werden.

Die Bergung der noch eingeschlossenen Arbeiter kann 14 Tage in Anspruch nehmen, da die Straße auf 140 Meter verhältniß ist und die Leichen zum Teil unter einsehens Meter tiefen Auswurfmassen begraben sind.

Berfornungslage der Hinterbliebenen.

An die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute sind am Freitag zunächst je nach Zahl der Familienmitglieder 200 bis 250 Mark ausgezahlt worden. Diese Summe setzt sich zusammen aus 1/10 des Jahresverdienstes des Bergmanns durch die Berufsgenossenschaft, aus einem kleineren Zuschuß der Knappschaft sowie aus einem weiteren Zuschuß aus einem Sondersatz des Oberbergamts. Der Kreis Neurode hat eine Unterstützungskasse insofern eingeleitet, als für jeden verheirateten Toten 80 Mark gezahlt werden sollen. Außerdem wird für jedes Kind der hinterbliebenen Familien ein Betrag von 20 Mark gezahlt. Die Kreisverwaltung ist bemüht, für diejenigen Bergleute, die infolge der Katastrophe nicht arbeiten können, zu sorgen. Sie sollen die Arbeitslosenunterstützung mit voller gehobener Fürsorge erhalten. Die spätere Rente regelt sich wie folgt: Jedes Familienmitglied erhält eine Unfallrente der Berufsgenossenschaft in der Höhe von 1/2 des letzten Arbeitsverdienstes des Bergmanns bis zur Grenze von 6%, so daß eine Witwe mit 3 Kindern 1/2 des Arbeitsverdienstes des Ehemanns erhält. Wenn diese Grenze nicht erreicht ist, tritt hinzu eine Knappschaftspension und wenn die Ehefrau nicht in der Lage ist, 1/2 des ortsüblichen Tagelohnes selbst zu verdienen, tritt ein Zuschuß seitens der Invaliditätsversicherung hinzu. Es ist bereits Anweisung gegeben, die Höhe der Renten in beschleunigtem

Verfahren festzusetzen. Die Bestattungskosten der Verunglückten werden von der Unternehmung getragen.

Spendenannahme für den Bergmannsfonds.

Breslau, 11. Juli.

Das Oberbergamt Breslau gibt folgende Bekanntmachung heraus:

Alle diejenigen, die den Wunsch haben, die aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Benzoeslausgrube entstandene Not lindern zu helfen, und gleichzeitig zur Unterstützung der Hinterbliebenen der bei anderen Bergwerksunfällen getöteten Bergleute des niederschlesischen Steinkohlenbezirks beizutragen, werden gebeten, ihre Spenden der Filiale Waldenburg der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zu Waldenburg in Schlesien auf das dort bestehende Konto des „Bergmannsfonds für das niederschlesische Steinkohlenrevier“ zu überweisen.

In Berlin nimmt die Reichsgeldstelle der Deutschen Reichsbank, Berlin W. 8., Wilhelmstraße 62, im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden für die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Bergleute und für die Verletzten Geldspenden entgegen. Die Einzahlung der Spenden wird erbeten auf das Postkontokonto Berlin 156 000 oder auf Konto „Deutsche Reichsbank, Grubenunglück Neuroder Steinkohlenbezirk“ bei der Zentrale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Hoppe auf freiem Fuß.

Eine unbegreifliche Maßnahme des Vernehmungsrichters.

Geestern nachmittag ist der nationalsozialistische Waffenschieber Hoppe nach einem längeren Verhör durch den Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium, da Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr angeblich nicht bestehen sollen, wieder auf freiem Fuß gesetzt worden.

Wie auch bei seiner ersten Vernehmung, behauptete Hoppe vor dem Richter erneut, daß er die Maschinengewehrteile bei der Firma, bei der er früher angestellt war, gestohlen und verkauft habe, sie zu verkaufen. Da ihm dies nicht gelungen sei, habe er sich an Dörre, den er in einem Waffengeschäft zufällig kennengelernt haben will, gewandt. Er habe außerdem früher einmal versucht, die gestohlenen Schöffer wieder seiner früheren Firma zu verkaufen. Diese habe jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß ihr jetzt der Vertrieb von Maschinengewehrteilen nicht mehr gestattet sei. Dörre sollte ihm nun, wie er weiter angibt, weitere Teile besorgen, um die vorhandenen so zu ergänzen, daß man dafür Abnehmer finden würde. Im traffen Widerspruch hierzu steht allerdings der Inhalt einiger Briefe, die bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dörre gefunden wurden. Hierin geht an Dörre wiederholt die Aufforderung, Teile für Maschinengewehre und Maschinenpistolen zu beschaffen. Der Inhalt kann nur so verstanden werden, daß es sich um solche Teile handelt, wie sie bereits vorgefunden und beschlagnahmt worden sind. Weiterhin kommt sogar schon ein Teil des Lagers aus Lieferungen, die durch Vermittlung des Dörre gegangen sind.

Inzwischen hat sich die Polizei auch mit der Firma in Verbindung gesetzt, die Hoppe nach seiner Behauptung beschaffen haben will. Der Inhaber des Geschäfts hat jedoch erklärt, daß er auf eine Strafverfolgung keinen Wert lege. Von Dörre ist bekanntlich amtlicherseits in Abrede gestellt worden, daß sich Beweise für seine Zugehörigkeit zur NSDAP ergeben haben. Was allerdings von einem republikanischen Polizeibeamten zu halten ist, der mit nationalsozialistischen Waffenschiebern gemeinsame Sache machte, dürfte nicht zweifelhaft sein.

Gustav-Stresemann-Realschule. Mit Genehmigung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung führt die Realschule in Berlin-Adlershof fortan die Bezeichnung „Gustav-Stresemann-Realschule“.

SINCLAIR LEWIS 20] DER ERWERB ROMAN

„Hm, überhaupt die meisten Menschen. Brauchte mich auch nicht im Büro zu schinden, wenn die Leute etwas verstanden... Was haben Sie für Schulen gemacht?“

„Ach, bloß Volksschule, Untermittelschule und einen Handelskursus.“

„Wo?“

„In Panama, Pennsylvanien.“

„Ich kenne das. Ungefähr so wie meine Schule in Kansas — der Direktor wäre ebensogut Zeichenbestatter geworden, wenn er das nötige Kapital gehabt hätte... Tja! Schuldirektoren und Kapital — könnte eine ganz gute Satire daraus machen, wenn ich die Sache ein wenig ausarbeiten würde. Ich kenne das... Gehen Sie in die Kirche?“

„Warum — ja, natürlich.“

„Welchen Gott ziehen Sie augenblicklich vor — Unitarier, Katholiken, Christian Science, Siebenten-Tag-Adventisten?“

„Ja — es ist doch immer derselbe...“

„Kommen Sie mir bitte nicht mit der Phrasen, „es ist immer derselbe Gott“. Es ist nicht derselbe Gott, der in einer Episkopalkirche nach Kerzen und Russel einfach verschmachtet und andererseits der Plymouther Bruderschaft im besonderen die ueberherrschlich geschützte Offenbarung macht, daß Orgelspiel und Kerzen etwas Berruchtes sind.“

„Sie sind schrecklich gotteslästerlich.“

„Sie glauben ja auch nicht an all das Zeug. Sonst würden Sie mich ja verprügeln — so wie man es zur Zeit der Kreuzfahrer getan hat. Es ist Ihnen eben höchst schnuppe.“

„Ja, eigentlich ist es mir egal“, hörte sie sich zu ihrer eigenen Verwunderung sagen.

„Ich bin natürlich schrecklich roh und ordinär, aber wie soll man denn sein, wenn man mit diesem Haufen von

Kirchen zu tun hat, die nicht halb so groß und halb so schön sind wie eine rote Bauernscheune? Und dabei läuft dieser Abschaum der Menschheit herum und versichert einem, die Kirche wäre Gottes Haus. Wenn ich der liebe Gott wäre, würde ich mich bestimmt dagegen wehren, schlechter untergebracht zu sein als das liebe Vieh. Aber zum Teufel! Lassen wir das. Wenn ich davon anfangen wollte, was ich von all den Dingen halte — beinahe von allen, von der Kirche und von den Schulen und von diesem ganzen verlogenen Reklamewesen, würde ich wahrscheinlich die ganze Nacht hindurch weiter klaffen, und Sie könnten mir auf alles einfach zur Antwort geben, daß ich ein Neurotiker bin, der es zu nichts gebracht hat, während die großen Kanonen, auf die ich schimpfe, im eigenen Auto fahren.“ Er brach seine lange Tirade plötzlich ab, warf einer Kasse, die ihn auf ihrer Runde um die einzelnen Tische fragend anah, ein Stück Zucker hin, blinzelte finstler drein und plätkte dann plötzlich heraus:

„Was halten Sie eigentlich von mir?“

„Sie sind der freundlichste Mensch, der mir je begegnet ist.“

„So? Freundlich? Gut zu meiner Mutter?“

„Bleibst. Nur um Ihre Willen gehe ich gerne ins Büro. Ich bewundere Sie wirklich... Ich glaube, es ist schrecklich unpassend, daß ich Ihnen das sage.“

„Tja, so was!“ rief er erstaunt. „Also jemand, der mich bewundert! Und ich habe Sie immer für ein ganz besonders vernünftiges Mädchen gehalten. Beweist wieder mal, wie leicht man auch täuschen kann.“

Er sah ihr gerade ins Gesicht, lächelte sie an — ziemlich verloren — und so stolz auf ihr Lob.

Ohne auf die Leute am Nebentisch zu achten, streckte er die Hand über den Tisch und berührte einen Augenblick lang leise die ihre. Niedergeschlagen fragte er dann: „Aber warum haben Sie mich gern? Ich habe gewiß die besten Vorfälle; ich bin bereit, Lollois Vorbeerranz von seinem Grab zu stehen und ein Redner zu sein wie William Jennings Bryan. Aber es gibt Millionen Menschen, die sich nach diesen Dingen sehnen. Es gibt keinen Kaufmann in ganz New York, der nicht gerne ein Genie wäre.“

„Ich habe Sie gern, weil Sie Feuer haben. Sehen Sie, Herr Babson...“

„Walter!“

„Wie voreilig Sie sind.“

„Walter!“

„Nächstens werden Sie mich „Una“ nennen; bedenken Sie doch nur, wie entsetzt alle im Büro wären!“

„O nein, ich habe schon beschlossen, Sie „Goldi“ zu nennen; das klingt hübsch und gefühlvoll. Aber, um Himmels willen, so erzählen Sie mir doch weiter, warum Sie mich gern haben. Das ist kein so alltägliches Thema für mich.“

„Ach, ich habe noch nie jemand gekannt, der wirklich Feuer hat, ausgenommen vielleicht S. Herbert Roß, und der — der —“

„Der ist ein richtiger Schwäger.“

„Ja, so was Ähnliches. Ich weiß nicht, ob Sie es je zu etwas bringen werden mit all Ihrem Feuer, Herr Babson; aber Sie haben etwas in sich.“

„Wahrscheinlich werde ich damit hinausgeschleudert werden... Sagen Sie, haben Sie Omar gelesen?“

Es gibt nichts, womit die Millionen Kaufburschen, die gerne Genies sein möchten, ihr Provinzertum so sicher zu überwinden glauben, wie mit ihrer Schwärmerei für irgendeinen kleinen Zyniker. In Walter Babsons Fall war es Herr Figgerald mit seinen Variationen über Omar Chodschäm. Für Una waren Omars Verse hübsche Gedichte über Rosen und plätschernde Brunnen in Höfen gewesen, aber sie hatte ihn gelesen; und Walters Begeisterung über diese Tatsache war so groß, daß er ihr augenblicklich seine eigene Lust an Zynismen beweisen wollte. Er stieß mit der Gabel nach der Speisekarte und rief begeistert: „Sagen Sie, ist das nicht ein großartiger Bierzeiler, der so anfängt: „Rehmt das Geld, mag der Kredit auch schwinden?““

Una strahlte und bewunderte den jugendlichen Enthusiasmus ihres Freundes. Stammutter der Kaffe, Weib des Urstammes, Burgherrin des Mittelalters — all das war sie in diesem Augenblick; stammverwandt allen Frauen, die zu allen Zeiten den Brählereien ihres Gefährten freudig Beifall flößten.

Doch die Dankbarkeit, die Una empfand, weil sie in das Reich der Dinge treten durfte, die ihn begeisterten, wurde bloß zum Hintergrund ihres jähren Ausloderns, als er plötzlich kühn ihr weiches Bötchen faßte und murmelte: „Arme, müde kleine Hand, die so schwer arbeiten muß!“

(Fortsetzung folgt.)

Aufwertungsdebatte im Reichstag

Die Neurode-Hilfe dem Ausschuss überwiesen.

Der Reichstag beriet gestern nachmittag die Anträge auf Hilfe für die Opfer des Neuroder Bergwerktunglücks.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

Spricht im Namen der Reichsregierung den Betroffenen das Beileid aus und sagt besondere Hilfsmassnahmen auch gegen die wirtschaftliche Not des Neuroder Reviers zu. Er zählt die bisher erfolgten Hilfsmassnahmen auf und weist darauf hin, dass die Sozialversicherung (Knappschaftskasse ufm.) die Auszahlung der Sterbehilfen und Renten beschleunigen wird. Der Minister betont, dass der Bergarbeiterstand ein nationaler Schicksal sei, aber die Reichsregierung durch den Reichstagsrat und das Arbeitsministerium in Verbindung mit den preussischen Instanzen die Befämpfung und Verhütung der Kohlenstaubausbreitung berät.

Der Minister betont, dem das Preussische Gesundheitsamt unterstellt ist, berichtet über den Stand der Hilfsarbeiten in der Wenzelsgrube. 49 Gerettete im Bazarrett seien außer Lebensgefahr.

Abg. Wendemuth (Soz.):

Deutschland steht mit der ganzen Welt erschüttert dem riesigen Grubenunglück gegenüber. 150 tote Bergarbeiter bedeuten, dass in beinahe derselben Anzahl Familien Frauen und Kinder um ihre Ernährer weinen. Am Reichstag liegt es, den Worten des Reichspräsidenten vor zwei Jahren endlich die helfende Tat folgen zu lassen.

Wie verlangen allerhöchste Untersuchung der Ursachen des Unglücks. Stellt es sich heraus, dass es sich um ein unabweisbares Naturgeschehen handelte, dann fordern wir beschleunigte Ausarbeitung neuer Schutzmassnahmen. Zeigt sich aber, dass Profilstreben das Unglück verursacht hat, dann verlangen wir, dass ein Exempel statuiert wird.

Wir nehmen die Zusage von Hilfsmassnahmen durch den Arbeitsminister zur Kenntnis. Es liegt allerdings eine Ungerechtigkeit darin, dass nur bei einem grossen Unglück sofort Hilfsmassnahmen bewilligt werden, während bei den unzähligen kleinen Unfällen die Mittel nicht in diesem Masse zur Verfügung stehen. Wir im Waldenburger Revier haben schon versucht, einen Hilfsfonds für diese Fälle anzusammeln, um zu helfen, soweit es möglich ist. Wir müssen hier im Ausschuss feststellen, wie weit dieser Weg weiter gangbar ist. Die Lebensverhältnisse der Arbeiter in diesem Revier sind unermesslich und ungesundlich; der Reichspräsident hat vor zwei Jahren, als er das Gebiet besuchte, erwidert versprochen, alle seine Mittel und seinen ganzen Einfluss zur Durchsetzung von Hilfsmassnahmen einzusetzen. Seit diesen zwei Jahren ist aber

von den maßgebenden Berliner Regierungsstellen uns nicht genügend Unterstützung zuteil geworden.

Endlich müssen die Versprechungen einmal wahr gemacht werden, dem Waldenburger-Neuroder Revier durchgreifend zu helfen. Was wir in diesem Revier erlebt haben, ist grauenvoll. Es geht nicht an, dass man nach der ersten Erschütterung wieder die Dinge laufen lässt. Ich hoffe, dass man im Osten Deutschlands ebenso tatkräftig hilft, wie man im Westen immer geholfen hat. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Berlitz (Z.): Gerade die niederrieselnden Bergarbeiter führen einen heroischen Kampf um ihr eigenes Leben und um die Erhaltung des wirtschaftlich ungünstigen und so sehr gefährlichen Kohlenbergbaus im Grenzgebiet Waldenburger-Neurode. Dieses furchtbare Unglück mahnt zur Pflicht, ausreichend zu helfen. Trotz aller Sicherung und aller Rationalisierung — vielleicht sogar ihr zufolge — ist die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle im Bergbau nicht zurückgegangen.

Abg. Florin (Komm.) hält mit überlauter Stimme eine Rede gegen die Unternehmer, die Sozialdemokratische Partei, die ihr angehörenden Parteipräsidenten, die Gewerkschaften usw.

Abg. Lejeune Jung (Dnat.) beantragt, alle diese Anträge dem Haushaltsausschuss zur Beratung der notwendigen Massnahmen zu überweisen.

Abg. Leopold (Dnat.) weist die Angriffe Florins auf die Unternehmer zurück, bezeichnet sie angesichts der 150 Toten als besonders unerweisenswert und weist darauf hin, dass erst jüngst der Kohlenbergwerkbesitzer Lew das Opfer eines grässlichen Unfalls geworden ist.

Abg. Hufemann (Soz.):

Rur in ruhiger und sachlicher Verhandlung können wir weiterkommen. Wir sind es gewohnt, dass die Kommunisten auch bei solch trauriger Gelegenheit unsere Partei und die Gewerkschaften angreifen und sie sogar als die Schuldigen hinstellen; aber das wird uns in unserer ruhigen Tätigkeit für die Arbeiterbewegung nicht stören. (Wüendes Geschrei der Komm.) Durch Ihre Ordinarheiten werden Sie keinen von den 150 Bergleuten wieder lebendig machen und werden auch nichts zur Verhütung späterer Unfälle tun.

Wir werden alles tun, um die Ursachen dieser Katastrophe aufzudecken.

(Geschrei der Komm.) Selbstverständlich wird der Betriebsrat bei der Untersuchung mitwirken. Im vorigen Jahre habe ich mit einigen Kollegen aus dem Bergbau die dortigen Gruben besichtigt und wir haben auch mit einigen Mitgliedern des Betriebsrats den Wenzels-Schacht besichtigt. Ich kann nur sagen, dass, nachdem man uns alle Sicherheitsmassnahmen gezeigt hatte, z. B. auch, wie vor dem Schließen die ganze Belegkammer auf tausend Meter Entfernung hinter die Wettertür zurückgezogen, diese fest geschlossen und nach einer doppelten Kontrolle ausgeübt wurde, dass keiner mehr hinter der Tür sei, wir den Eindruck hatten, dass alles Notwendige vorliegt ist. Das muss ja auch selbstverständlich immer geschehen. Aber alle Gefahrenquellen, besonders die noch unbekannt, kann man nicht ausschließen, denn der Bergbau ist darauf angewiesen, die Produkte aus der Tiefe herauszuholen. (Wärm der Komm.)

Um so mehr muss die Sozialversicherung so ausgebaut sein, dass, wenn der Tod sich seine Opfer unter den Bergleuten holt, die Angehörigen und Hinterbliebenen, die den Ernährer verloren haben, vor Not geschützt sind.

(Andauerndes Geschrei der Komm. Lebh. Beifall der Soz.)

Nach einem kommunistischen Protest werden die Anträge dem Haushaltsausschuss überwiesen. (Pfei-Rufe der Komm.)

Zur 2. Beratung eines Gesetzes über Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken und Bereinigung der Grundbücher spricht

Abg. Marum (Soz.)

gegen die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zur Bereinigung der Grundbücher durch die Länder und gegen die vom Zentrum beantragte Ausschließung von Entschädigungsansprüchen gegen das Reich aus den Folgen dieses Gesetzes, die verfassungswidrig ist.

Am 1. Januar 1932 sollten 6 Milliarden Aufwertungshypotheken fällig werden. Das bedeutet eine Katastrophe für den Grundstockmarkt. Die Beschaffung von langfristigen Kapital zur Umschuldung ist völlig unmöglich. Deswegen ist die Auflockerung der Tilgungsfrist bis 1935 notwendig.

Aber ein unbegrenzter Zahlungsausschub für den Schuldner ist unmöglich, sondern ein Ausschub nur zuzulassen, wenn der Schuldner nachweislich Kapital für die Umschuldung nicht erhält. Die Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage, die den Termin der pöhligen Fälligkeit der 6 Milliarden nur verschiebt, ist abzu-

lehnen. Den Gläubigern muss als Entgelt für die Fristverlängerung der Hypotheken ein angemessener Zinsfuß gegeben werden. Aber bei Festsetzung eines höheren als des landesüblichen Zinsfußes wird der Zinsfuß auf dem Baumannt mit hinaufgetrieben.

Die Regierung muss bei der Festsetzung des neuen Zinsfußes vorsichtig sein, weil hohe Hypothekenzinsen zudem noch die Mieten zu erhöhen drohen, wogegen sich allerdings die Ausschussresolution wendet. Eine endgültige Entscheidung, ob diese Mieterbelastung durch Befastung der Hausbesitzer oder durch Senkung der Hauszinssteuer vermieden werden soll, ist heute noch nicht zu treffen. Es besteht kein Grund dafür, dass die Landwirtschaft geringere Aufwertungshypothekenzinsen zahlt als die Stadt. Zum mindesten darf man unter der Not der Landwirtschaft nicht noch die ohnehin schon schwer geschädigten Aufwertungsgläubiger leiden lassen.

Der Zinsfuß der Industriebanknoten sollte an dieses Gesetz angeglichen werden; gegen diese unsere Ansicht hat sich aber

eine Einheitsfront der bürgerlichen Interessengruppen gebildet. Mit den Aufwertungszinsen und Genussrechten der Industriebanknoten ist die Industrie ohnehin viel zu billig begünstigt.

Den Spekulanten, die solche Genussrechte aufgekauft haben, dürfte allerdings diese Neuaufwertung nicht zugute kommen. Hier muss eine Angleichung an die Grundbuchhypothekenzinsen vorgenommen werden. Dem Gesetz werden wir zustimmen. Den Inflationsgeschädigten muss aber klar gesagt werden, dass

nach diesem Schlusssatz noch weitere Erhöhungen der Aufwertung nicht möglich

sind, so sehr wir auch das Schicksal dieser Opfer der furchtbaren Wirtschaftskrise tief beklagen. (Lebh. Bravo bei den Soz.)

Abg. Dr. Rabenauer (Dnat.): Die alle zufriedenstellende Lösung der Aufwertungsprobleme ist unmöglich. Wir lehnen die Angleichung der Industriebanknoten an die Behandlung der Hypotheken ab, weil die Industrie heute immer noch die Dames-Industriebelastung trägt. Dem Gesetz stimmen wir zu, beantragen aber Entlastung der Landwirtschaft.

Abg. Schumann-Weitz (Komm.): Den Antrag, die Nichterhöhung der Mieten im Gesetz festzusetzen, haben alle Parteien abgelehnt. Das Gesetz wird die Situation auf dem Hypothekemarkt auch nicht ändern, sondern die Lasten der Zinserhöhung auf die arbeitenden Massen abwälzen.

Abg. Dr. Scheller-Köln (Z.): Die Regierungsvorlage muss dort wiederhergestellt werden, wo sie das richterliche Ermessen in Aufwertungsangelegenheiten einschränken werde. Die Verhinderung der Erhöhung der Zinsen auf die Mieter muss beim Finanzausgleich entschieden werden.

Abg. Dingeldey (DDB): empfiehlt die Lösung des Dedungsproblems für den städtischen Hausbesitz durch Herabsetzung der Hauszinssteuer.

Reichsjustizminister Dr. Bredt:

Die Zinshöhe der Aufwertungshypotheken wird nach dem tatsächlichen Hypothekenzinssatz festgesetzt werden, es ist aber nicht nötig, diesen Zinssatz für die ganze Zeit bis zur Ablösung zu fixieren. Die Dedungsfrage ist Landesache.

Abg. Hebel (Wp.): Der Hausbesitz hat von den letzten Zinserhöhungen nichts gehabt, deswegen ist eine Neubelastung der Hauswirte ohne Ermäßigung der Hauszinssteuer abzulehnen.

Abg. Dr. Chiermann (Dem.) lehnt Wiederherstellung der Regierungsvorlage ab. — Eine heftige Schimpferei der deutschnationalen Abgeordneten gegen den Redner über die Schuld an der Sabotage einer ausreichenden Aufwertung wird durch mehrere Ordnungsrufe an die Deutschnationalen beendet.

Abg. Rönke (Chr. nat. Wp.): Durch die Erhöhung des Pfandbriefzinses wird die ostpreussische Landwirtschaft mit einer halben Million mehrbelastet, in Westpreußen erhalten dadurch die polnischen Pfandbriefbesitzer ein Geschenk, dieselben Polen, die jetzt 362 deutsche Gutswirte durch Konfessionsentscheidung ruinieren. Den Nutzen haben überhaupt nur

Banken und Spekulanten, die seinerzeit die Pfandbriefe an der Börse für ein Bullerbock gekauft haben.

Die Bauern haben den Schaden, und die Erwerbslosenarmee erhält neuen Zuwachs.

Abg. Dr. Emminger (Bayer. Wp.): Es liegt nicht im Interesse der Landwirtschaft, ihr ein neues Korollarium zu bewilligen. Schematisches Vorgehen der Aufwertungsstellen muss unterbleiben. Der Zinsfuß muss etwas über dem landesüblichen stehen, dieser aber, soweit das nur möglich, gesenkt werden. Wir stimmen für das Gesetz.

Abg. Dr. Best (Wolfsrechtsp.) lehnt das Gesetz ab.

Die Abg. Dr. Chiermann (Dem.) und Rell (Soz.) weisen in persönlichen Bemerkungen den Deutschnationalen ihre Unfähigkeit in der Frage der Aufwertung der Kleinrentnerkapitalien nach. (Wärm und Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Das Gesetz über die Aufwertungshypotheken wird mit unwesentlichen Änderungen, das Gesetz über die Bereinigung der Grundbücher unverändert in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus verlässt um 20 Uhr die dritte Beratung auf morgen 13 Uhr, außerdem Gesetze über die Vermählung von Infandswaisen und über den Endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Der Strafrechtsausschuss verlegt sich. Der Strafrechtsausschuss des Reichstages nahm am Freitag den § 195 über den Parteiverrat in einer neuen Formulierung an und verlegte sich bis zum 23. September, um dann die zweite Lesung des Strafrechtbuches fortzusetzen.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Emmer ist von dem Amt des Vorsitzenden der Jungdemokraten zurückgetreten, das er wegen seiner starken beruflichen und politischen Inanspruchnahme nicht länger verwalteten kann.

Aus der Partei.

Abraham Cahán, der Gründer und Leiter der großen jüdisch-sozialistischen New-Yorker Tageszeitung „Forward“ — tägliche Auflage 200 000 — wird heute 70 Jahre alt. Die New-Yorker Genossen veranstalten ihm zu Ehren ein großes Fest.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 7, 2. Bot., 2 Treppen rechts, zu richten.

5. Kreis Friedrichshagen. Am Sonntag, dem 13. Juli, veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Kreis Ost, ein großes Sommerfest in den „Gesternstrassen“, Rindenberg, Roederstr. 11-13. Programm: Konzert, Tanz, Feuerwerk, Kinderbelustigungen, Kaffeeladen. Anfang 13 Uhr, Eintritt 50 Pf., Kinder 15 Pf.

11. Kreis Tempelhof. Sonntag, 13. Juli, treffen sich alle Genossen und Genossinnen um 13 Uhr Kottbuscherstr. 1, Gemeindehaus, zum Umgang des Arbeiterpartei-Komitees. Sportplatz Kaiserin-Augusta-Strasse. Wettkämpfe, Gymnastik, Radfahren ufm. Nachdem gemütliches Beisammeln im Parkmüllchen bei freiem Eintritt.

Sonntag, 13. Juli.

18. Wk. Cöllnische Genossen treffen sich mit ihren Angehörigen zum Abteilungsouting nach Brieselang um 7 Uhr Sonnabend.

Montag, 14. Juli.

10. Wk. 10 Uhr bei Adler, Treibhändler, 11. Abteilungsmittagessenbesprechung. Referent: Stadtratsmitglied Richard Barth: „Die Tätigkeit der Partei in der Stadtbezirksverwaltung“.

Jungsozialisten.

Gruppe Reinickendorf. Sonntag, 13. Juli, Kajakfahrten nach Nauen, Krümmen, Hellen, Dränienburg. Wir treffen uns 7 1/2 Uhr am Neuenplatz, Hufschmiedstr. 2. P. E.N.J.-Mitglieder werden ebenfalls gebeten, daran teilzunehmen.

Gruppe Charlottenburg. Montag, Sonntag, 7 Uhr, Treffpunkt zur Fahrt am Bahnhof Charlottenburg.

Gruppe Wedding-Grünheide. Montag, Sonntag, 8 Uhr, treffen wir uns mit der E.N.J. Wedding am Brunnenpark zur Landtagswahlbesprechung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Sonntag, Dienstag, 13. Juli, 10 Uhr, Aufnahmeveranstaltung der Partei in der Zentrale, Lindenstr. 7.

Gruppe Kottbuscher, Die Reichsfreien und Roten Kottbuscher treffen sich Dienstag, 13. Juli, 17 Uhr, im Jugendheim Germaniastr. 1, Eingang Köhlstrasse.

Geburtsfeste, Jubiläen usw.

10. Wk. Kaiserin-Augusta-Strasse. Sonntag, 13. Juli, 8 Uhr, in ihrem 18. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Abteilungsleitung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 7.

Heute, Sonnabend, 12. Juli.

Palasttheater. Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt 19 Uhr Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 6 1/2 Uhr, Sockelabend. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 12. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

Morgen, Sonntag, 13. Juli.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

10. Wk. Kottbuscher. Die Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner. 11. Treffpunkt: 19 1/2 Uhr, Kottbuscher Str. 1, Reichsbanner.

Allgemeine Wetterlage.



Deutschland liegt jetzt im Bereich eines westlichen bis nordwestlichen Luftstromes. In Mittel- und Ostdeutschland steigen die Temperaturen tagsüber bis auf etwa 20 Grad, im Westen und Süden bleiben sie häufig mehrere Grade darunter. In diesen höheren Gebieten treten auch Regenfälle auf. Sie waren in den bergigen Teilen ziemlich erheblich. Bei der allgemeinen Abschwächung der Luftdruckgegensätze über Deutschland werden sich die westlichen Luftmassen recht langsam nach Osten ausbreiten. Sie dürften aber am Sonntagabend die Oder erreicht haben.

Wetterausblick für Berlin: Ziemlich kühl und stark bewölkt mit Neigung zu leichten Regenfällen; vorherrschende westliche Winde. — Für Deutschland: Stark bewölkt und ziemlich kühl; strichweise Regen, besonders in West- und Mitteldeutschland.

Funkwinkel.

Sehr viel Klust steht auf dem Programm. Aus Leipzig wird am Nachmittag ein Mendelssohn-Konzert gebracht, das für den Komponisten nicht besonders charakteristisch ist. Der Tenor Anina Maria Topik versucht in ihrem Konzert „Roderne und vollständige Werke österreichischer Komponisten“ die schöne Seele der Donaustadt wieder zu erwecken. Zum wievielten Male eigentlich? Und der Hörer steht vor der schweren Entscheidung, welcher Klust er den Vorzug geben soll. Nun, jeder nach seinem Geschmack. Aber dieser zwig gleichbleibende Rhythmus, diese Koketterie mit der Träne oder mit Juchheoptimismus fallen allmählich auf die Nerven. Ein harmloser Ausklang bietet das Dresdener Streichquartett, das vollender Mozart und Haydn spielt, mit zartem delikatem Strich, mit stiller hochkünstlerischer Einfühlbarkeit. Burchells „Erzählung der Wache“ beweist von neuem den lachlich verächtlichen Stil des Romanciers. Hinter den rein schillernden Taffaden verbirgt sich eine Psychologie, die die Oberfläche durchdringt. Ein energischer Bestätigungswille. Ueber die Rede des Reichsministers a. D. Severing wird an anderer Stelle berichtet.

Beamte und Reichshilfe.

Falsche Front zum Beamtenopfer.

In Beamtentreffen wird zur Zeit dafür Propaganda gemacht, die Reichshilfe der Beamten durch eine „Selbsthilfe der Beamten“, eine zwangsweise Abführung von Gehaltsanteilen für den Bau von Genossenschaftswohnungen und Heimstätten für Beamte zu ersetzen. Der Leiter des Beamtenheimstättenamtes, Johannes Lubahn, hat diese Gedanken u. a. in der Zeitschrift „Bodenreform“ ausführlich dargestellt und begründet.

Lubahn geht davon aus, daß die vorgesehene Reichshilfe in ihrer jetzigen Form einen Eingriff in die wohlverworbenen Rechte der Beamtenschaft bedeutet, gegen den sich diese aufs schärfste wehren müsse; dagegen wären die Beamten bereit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutreten, indem sie für einen bestimmten produktiven und sozialen Zweck, die

Errichtung von Wohnungen und Heimstätten für die Beamten.

Zwangsbeiträge in der Höhe der vorgesehenen Reichshilfe leisten. Durch ein Reichsgesetz soll festgelegt werden, daß die Beamten den gleichen Prozentsatz ihres Dienstverdienstes, den die Regierung jetzt für die Reichshilfe fordert, also insgesamt 135 Millionen Mark, an die „Beamtenbausparkasse“ abführen und nach 10 Jahren wieder zinslos zurückerhalten. Ein gleich hoher Betrag soll auf dem Anleihewege unter Reichsbürgschaft beschafft werden. Mit diesen Mitteln stellt die Beamtenbausparkasse ihren Bausparern Darlehen zum Heimstättenbau zur Verfügung bzw. vergibt Hypotheken am Beamtenbau genossenschaftlichen und fördert damit im großen Stil den Wohnungsbau. Auf diesem Wege würde nach Lubahns Darstellung wesentlich wirksamer die Arbeitslosennot bekämpft werden können. Während durch die „Reichshilfe“ gerade 270 000 Arbeitslose die notwendige Arbeitslosenunterstützung erhalten könnten, würde durch die „Beamtenhilfe“ die gleiche Zahl von bisher Arbeitslosen produktive, wertschaffende Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten.

Die Sozialdemokratie billigt das jetzige Deckungsprogramm der Regierung keineswegs, weil sie der Auffassung ist, daß in ihm der Besitz und die leistungsfähigsten Schichten übermäßig gespart werden. Die Sozialdemokratie hat gefordert, daß zur Wäherung der Massennot in erster Linie die leistungsfähigsten Volksschichten herangezogen würden und hat in diesem Sinne einen 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer auf alle höheren Einkommen gefordert. Darüber hinaus hielt sie in Anbetracht der Größe der zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und der Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen notwendigen Mittel ein zeitlich befristetes Notopfer aller Festbesoldeten, sowohl der Beamten wie der Angestellten der Privatwirtschaft unter Herauslassung der kleinen Einkommen und unter Rücksichtnahme auf besonders soziale Umstände, für un vermeidbar. Es schien ihr in einer Zeit größten Massenelends nicht unbillig, dafür einzutreten, daß diejenigen Volksschichten, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgesetzt sind und deren Einkünfte gegenwärtig und später einigermassen sichergestellt ist, zur Wäherung der Massennot ihrer Arbeitsüberbrücke beistehen.

Der Vorschlag, das Beamtennotopfer durch die „Beamtenhilfe“ für Beamtenheimstätten zu ersetzen, geht jedoch von

falschen Vorstellungen und Voraussetzungen

aus, stützt auch grundsätzlich auf stärkste Bedenken. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Schicht die Uebernahme eines Opfers davon abhängig macht, daß die von ihr geleisteten Zuschüsse lediglich im Interesse ihrer Gruppe Verwendung finden. Mit demselben Recht könnten die von der Ledigensteuer betroffenen Artiele beanpruchen, daß die Ledigensteuer zum Bau von Ledigenwohnungen — sicherlich auch ein dringendes soziales Bedürfnis — Verwendung findet. Wenn es überhaupt jetzt möglich wäre, größere

Summen aus Steuergeldern und Anleihen für den Wohnungsbau zusätzlich zu verwenden, so müßten diese Steuerbeträge gleichmäßig für alle Schichten und zunächst dort, wo der dringendste Notstand besteht, also für die Beschaffung billiger Kleinwohnungen, Verwendung finden.

Nun sind aber auch die Voraussetzungen, von denen diese und ähnliche Vorschläge ausgehen, nicht richtig. Wir treten ganz gewiß aufs entschiedenste für Arbeitsbeschaffung und produktive Erwerbslosenfürsorge ein und sind der Ansicht, daß die von der Reichsregierung für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel in Anbetracht der furchtbaren Arbeitslosigkeit völlig unzureichend sind, und daß durchgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere in der Richtung des Preisabbaues, ergriffen werden müssen. Nun ist es aber falsch, zu glauben, daß man die Wahl hätte, mit dem gleichen Betrag einen Arbeitslosen notdürftig zu unterstützen oder ihm eine produktive Arbeitsbeschäftigung nachzuweisen. Lubahn unterstellt ohne weiteres, daß ohne Schwierigkeit eine Anleihe in Höhe von 135 Millionen für den Bau von Beamtenheimstätten aufgenommen werden kann. Bisher ist es trotz monatelanger Bemühungen noch nicht gelungen, für seit langem bearbeitete Projekte, wie für den Straßenbau, für die Umbildung der produktiven Erwerbslosenfürsorge u. a. m. Anleihen unter Dach und Fach zu bringen. Die zusätzlichen Mittel, die das Reich für den Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung stellt, müssen durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn beschafft werden.

Wenn es aber möglich wäre, größere Anleihen für Zwecke der produktiven Arbeitsbeschaffung aufzunehmen, so muß man zunächst für sozial und volkswirtschaftlich dringlichere Aufgaben als den Bau von Beamtenheimstätten — deren Wert und deren ideale Bedeutung wir durchaus anerkennen, den wir aber in Anbetracht der bereits durchgeführten und bestehenden weitreichenden Wohnungsfürsorge für die Beamten und angesichts schwerster Notstände auf anderen Gebieten nicht als vordringlich ansehen können — Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Es scheint uns endlich noch den vorhandenen Unterlagen wesentlich zu hoch gegriffen zu sein, wenn Lubahn den direkten und indirekten Lohnanteil an der Wohnungsherstellung mit 80—85 Proz. annimmt. Ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, die gegen diesen Vorschlag bestehen, geht er also auch von irrigen Voraussetzungen und Berechnungen aus.

So stark wir uns von dem jetzigen Deckungsprogramm der Regierung Brining abgrenzen, und so sehr wir ihre unsozialen Seiten bekämpfen werden, so meinen wir doch, daß die Beamtenschaft in ihrer grundsätzlichen Abwehr gegen die befristete Heranziehung zu einem Notopfer sich in einer falschen Front befindet, und daß ihre Gegenvorschläge, wie der von Lubahn u. a. die Kernfrage übersehen und in der gegenwärtigen Situation nicht annehmbar sind.

Reichsforschung für Wohnungswesen.

Der vom Reichsarbeitsminister neu bestellte Verwaltungsrat der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wählte Baurat Dr.-Ing. Kiepert und Frau Dr. Lüders, M. d. R., zu seinen Vorsitzenden. Weiter genehmigte der Verwaltungsrat den ihm vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 1930/31, in dem neben den für die Verwaltung benötigten Mitteln ein Betrag für Forschungsarbeiten vorgesehen ist, über den der Vorstand der Reichsforschungsgesellschaft verfügt. Aus diesen Mitteln sollen, entgegen der früheren Praxis der Reichsforschungsgesellschaft, Beihilfen zur Förderung von Forschungsstiftungen nicht mehr gegeben werden, vielmehr sollen die zur Verfügung stehenden Mittel lediglich Forschungszwecken dienen.

mitglied der „Evag“) zu einer Verwertung des ausländischen Silico-Gel-Verfahrens für Kühlwaggons geführt hat, für das die Maschinen bei Borsig gebaut werden. Ausländische Aufkäufe von „Evag“-Aktien, von denen vor einiger Zeit die Rede war, könnten damit in Zusammenhang stehen.

Feierschichten statt Preisentung.

Rheinische Braunkohlen-Gesellschaft erzielt 17 Millionen Ueberschuß.

Die unnütze Braunkohlenpreiserhöhung für das rheinische Revier wickte sich für die von Paul Silberberg beherrschte Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation in dem am 31. März 1930 beendeten Geschäftsjahr zwar noch nicht voll aus, aber das Unternehmen konnte den Betriebsüberschuß doch wieder um 3,08 Millionen auf 16,7 Millionen steigern. Vormer werden 1 Million Mark mehr als im Vorjahr, also 7 Millionen, zu Abschreibungen verwendet. Der Aufsichtsrat will den Aktionären wieder zehn Prozent Dividende = 6 Millionen Mark geben. Im neuen Jahr mußte die Gesellschaft mehrfach Feierschichten einlegen, weil der Absatz zu wünschen übrig läßt.

Warum dokumentiert Herr Silberberg, der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft, seine Wirtschaftsverbundenheit mit dem Volke, die er so gern betont, nicht durch eine Preisentung?

Leichte Besserung im Maschinenbau.

Der Monat Juni hat nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten für den Auftrags-eingang aus dem In- und Ausland eine geringe Besserung gebracht. Die Antragsfähigkeit, die sich im Mai beläst hatte, ging wieder zurück. Leichte Besserungen in der Beschäftigung liegen bei den Landmaschinenfabriken und bei der Erzeugung von Kraftmaschinen, Häuten, Stahl- und Walzwerksanlagen, mechanischen Fördermitteln, Zerkleinerungs- und Aufbereitungsanlagen und Apparaten vor, bei denen das Auslandsgeschäft verhältnismäßig befriedigend, das Inlandsgeschäft aber flau war. Die Beschäftigungsanstrengungen im Mai

und Juni hätten jedoch weder für das Inlands- noch das Auslandsgeschäft eine ausschlaggebende Besserung bedeutet. Der Auftrags-eingang lag im zweiten Vierteljahr um rund 30 Proz. unter der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Deutscher Baumwolltrust perfekt.

Eine „Reinigungsche“ mit Hindernissen.

In der Generalversammlung der F. H. Hammermergen A.-G., Osnabrück, des größten Spinnereiuunternehmens in Mitteleuropa, machte der Aufsichtsratsvorsitzende Direktor Rehl (DD.-Bant) Andeutungen über eine kommende Vollfusion mit der Christian Dierig A.-G., Langenbielau. Vorläufig arbeiten die beiden Unternehmungen in der Deutschen Baumwoll A.-G., der bisherigen Holding-Gesellschaft des Hammermergen-Konzerns, zusammen, nachdem sie jahrelang gegeneinander prozessiert haben. Rehl bezeichnete die jetzige Einigung als eine „Ehe aus tiefer innerer Ueberzeugung mit einem starken Reinigungs-eintrag“.

Da Hammermergen in erster Linie Baumwollspinnerei, Dierig Weberei- und Stoffbearbeitungskonzern ist, wird der entstandene Trust mit niedrigeren Produktionskosten arbeiten können.

Von dem starken Absinken der Baumwollpreise verspricht man sich nur Vorteile, da bei Hammermergen keine sehr großen Vorräte bestehen. Die F. H. Hammermergen A.-G. verteilte für 1929/7 (im Vorjahr 8) Proz. Dividende aus 1,7 (im Vorjahr 1,9) Millionen Mark Reingewinn. Die Christian Dierig A.-G. erzielte 1929 einen Reingewinn von 589 280 Mark (im Vorjahr 570 043 Mark). In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurde beim Hammermergen-Konzern, der etwa 9000 Personen beschäftigt, mit Ueberstunden gearbeitet.

Der durch die Vereinigung Hammermergen-Dierig entstandene deutsche Baumwolltrust repräsentiert einen Wert von mindestens 80 bis 100 Millionen Mark. Der maßgebende Einfluß liegt bei der Familie Dierig, Oberlangensbielau. Der Trust besitzt Spinnereien und Webereien in Osnabrück, Rheine, Bocholt, Rhepdt, Riela (Elbe), Rottern (Allgäu), Hauptstetten b. Augsburg, Kugsburg, Hagen i. W., München-Gladbach, Tilburn (Holland), Langenbielau, Berlin-Grünau, Danzig, und verwandte Betriebe (Webereien, Stoffbrudereien, Buchenband- und Kunstlederfabriken usw.) in Leipzig, Bremerhaven, Königsberg i. Pr., Frankenberg (Sachsen).

Aufwandsentschädigung gefällig?

Die Wolf Pitsch A.-G., Romwes, (Kapital 1,5 Millionen) wurde im vorigen Jahre aus der illiquid gewordenen Kommanditgesellschaft gleichen Namens gebildet, die eine Wollwarenfabrik betrieb. Die Gläubiger der Kommanditgesellschaft übernahmen den größten Teil der Aktien. Im ersten Geschäftsjahr, das 10 Monate umfaßte, wurde wiederum ein — wenn auch kleiner — Verlust „erzielt“, den die Verwaltung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Depression entschuldigen will. Eine lebhafte Debatte in der Generalversammlung der Gesellschaft stürzte auf, in welchem Maße der Verlust entstand.

Der bekannte Treuhänder Kommerzienrat Manasse trat in der Generalversammlung als Opponent auf. Er legte dem Aufsichtsratsvorsitzenden Weissenberger (Dresden) die unangenehme Frage vor, ob die Verwaltung nicht Mitgliedern des Gläubigerausschusses und einem Privatgläubiger des Herrn Pitsch — ohne nennenswerte Gegenleistung und ohne im mindesten dazu verpflichtet gewesen zu sein — rund 50 000 Mark als „Aufwandsentschädigung“ und ähnliches gegeben habe. Er habe, um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, schon über ein Duzend Briefe an die leitenden Personen der Wolf Pitsch A.-G. geschrieben, allerdings vergeblich. Der Aufsichtsratsvorsitzende schob die Verantwortung der unangenehmen Frage dem leitenden Direktor der Gesellschaft zu, dieser seinem Kollegen Ernst Pitsch, der wiederum behauptete, nicht darauf vorbereitet zu sein. Die Angaben Manasses wurden also im wesentlichen nicht bestritten, ohne daß die Generalversammlung irgendwelche Konsequenzen zog.

Eine hübsche Art, wie man durch Gefälligkeiten Verluste „erzielt“!

Nur noch 7-prozentige Anleihen!

Unter Führung des Reichswirtschaftsministeriums fanden mit den privaten und den öffentlichen Bankorganisationen Verhandlungen statt, die zu der einmütigen Auffassung führten, daß der Uebergang zum 7prozentigen Nominalzinsfuß mit allen Mitteln gefördert werden muß. Die Verbände wollen auf ihre Mitglieder dahin einwirken, daß das fünfjährige Anleihegeschäft möglichst nur noch auf der Grundlage von 7prozentigen Papieren vorgenommen wird und daß insbesondere jede öffentliche Werbung für den Abfall 5prozentiger Werte unterbleibt. Insbesondere soll auch auf eine Senkung der Bonifikationen oder sonstigen Vermittlungsgebühren hingewirkt werden.

Neue Senkung der Kupferpreise.

Das amerikanische Kupferexporterstell war gezwungen, nachdem auf dem amerikanischen Markt durch kanadische und amerikanische Firmen die bisherigen Preise unterboten wurden, den Kupferpreis weiter von 12,30 auf 11,80 Cents herabzusetzen.

Neue Aufträge für Schwarztopf. Die Berliner Maschinenbau-A.-G. normals A. Schwarztopf, Berlin, erhielt von der Bulgarischen Staatsbahn einen Auftrag auf 10 Lokomotiven.

Einen seltenen Weltkauf, nämlich um die Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen veranstaltet gegenwärtig Opel und die Deutsche Ford-Gesellschaft. Klar, daß es sich hier mehr um Rettame als um ein echtes Publizitätsbedürfnis handelt. Nachdem Opel kürzlich seine höheren Abfahrtsnummern bekanntgegeben hat, teilt Ford jetzt mit, daß in den sechs Monaten 1930 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit der Umsatz um etwa 55 Prozent, das heißt noch erheblich stärker als bei Opel gewachsen ist. Gegenwärtig werden täglich 62 Wagen bei 5 Arbeitswochen hergestellt, wobei der Betrieb etwa 600 Arbeiter beschäftigt, gegen nur 400 vor einem Jahr.

In der Eisen- und Stahlwarenindustrie hat der Monat Juni ebenfalls noch keine Besserung zum Besseren gebracht, so daß zu weiteren Entlohnungen und Arbeitszeitkürzungen geschritten wurde. Noch nie ist nach der Wirtshaftung des Eisen- und Stahlwarenindustriellandes die Erteilung von Aufträgen so zurückhaltend erfolgt wie jetzt.

Seiden-Nichels wird AG.

Die bekannte Berliner Seidenfirma Nichels u. Co., Leipziger Straße und Taschenbühlstraße, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1930 eine Aktiengesellschaft sein mit einem Kapital von 6 Mill. M. Das Kapital wird fast vollständig in der Familie Guggenheim bleiben. Im Aufsichtsrat ist der Vorsitz bei Guggenheim, aber auch Jakob Goldschmidt von der Danat und Georg Rosler von der Dresdener Bank werden vertreten sein. Die letzte Bilanz der bisher als offene Handelsgesellschaft betriebenen Firma zeigt Forderungen von 2,89, Vorräte von 4,75 Mill. Die Außenstände erscheinen mit der Hälfte des Aktienkapitals sehr beträchtlich. Bei den Verpflichtungen ergibt sich eine Gesamtsumme von 4,7 Mill. Mark. Für 1929 wird ein Gewinn von 360 000 M. ausgewiesen.

Gute Zeiten für Waggon-Verleih.

Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.G. erhöht Dividende von 12 auf 15 Prozent.

Die Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.G., Berlin-Bismar, deren Arbeitsgebiet Bau und Verleih von Spezial-Eisenbahnwaggons bildet, erhöht ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1929/30 auf 15 Proz. (Vorjahr 12 Proz.). Seit 1925 hat die Gesellschaft ihre Dividenden von 5 auf 8, 10, 12, 15 Proz. erhöht. Sie hat ihren Wagenpark stark vermehrt, so daß die Einnahmen aus Mieten jetzt stark gestiegen sind.

Im abgelaufenen Jahr wurden wieder für 2,16 Millionen neue Mietwaggons und daneben D.-Zug- und Spezialwaggons für die Reichsbahn und private Auftraggeber gebaut. Die Ausmischung der Mietwaggons ließ infolge der Beschränkung der Fleisch-einfuhr durch die Reichsregierung zu wünschen übrig. (Sollte dem Reich durch die Einfuhrsperr für Gefrierfleisch hier eine neue Schadenerfolgflage erwachsen?)

Der Reingewinn wird nach einer weiteren, mehr als fünfprozentigen Steigerung der schon im Vorjahr stark erhöhten Abschreibungen fast 1,5 Mill. mit 0,93 Mill. (Vorjahr 0,74 Mill.) angegeben. Man vermischt im Bericht eine Erklärung für die Erhöhung des Beteiligungskontos und Angaben darüber, um wieviel die Zusammenarbeit mit Borsig (C. v. Borsig) im Aufsichtsrats-

Anna Siemjen: Das Kräuterweiblein

Zu mir kommt allmählich ein altes Weiblein. Zweihund-siebenzig ist sie, wie sie selber sagt. Aber sie könnte viel älter sein, so rüchsig, weitergeriffen und weiterverfärbt ist ihr Gesicht, so kraum ihr Rücken, so knochig und verkrüppelt sind ihre Hände. Sie hat eine Kiepe bei sich. Daraus holt sie im Winter „Kapuzchen“, den Feldsalat, der in Thüringen wild auf den Feldern wächst. Den sucht sie in stundenweisem Wandern talab und hügelan. Sie hätte das gar nicht nötig, sagt sie selbst. Sie hat Kinder und Enkel. Bei ihnen hat sie jahrelang gewohnt: Kinder gebüht, Essen gekocht, Strümpfe gestopft. Aber der Kleinbäuerin gefiel das schlecht. Sie war das Leben und die Arbeit im Freien gewohnt. Und „man will doch gern keine Sache für sich haben“. So mocht sie jetzt, in zwei Stübchen allein, hat ihr sehr kleines Ausgedinge, ein paar Gartenbeete, ein paar Hühner, eine Ziege. Und sie wandert Tag für Tag bei gutem und schlechtem Wetter und sammelt — Feldarbeit kann sie nicht mehr tun —, was auf den Hügelabhängen und in den Talgründen, im Buschwald, auf Weiden und Brachfeldern das Jahr so bringt, und was sich gut verkaufen läßt.

Das ist viel mehr, als man denken sollte. Im Winter sind's die „Kapuzchen“, die alle ihr gern abnehmen. Im Frühjahr sticht sie in den Wiesen die zarten Sprossen des Sauerampfers aus. Die geben einen guten Salat. Dann kommt der Sommer, und es gibt vielerlei Beeren: Erdbeeren, Blaubeeren, Preiselbeeren, und im Herbst die reichste Ernte an Pilzen vom alltäglichen Pfifferling bis zum vornehmen Champignon und Reizler. Und natürlich die Blumen. Denn Thüringen hat viele Blumen und viele Blumenliebhaber. Es ist gar nicht so trauriges Leben, das mein Kräuterweiblein führt, obgleich es ärmlich und mühselig genug ist. Sie wandert gern. Sie kennt und liebt Regen und Sonnenschein und freie Luft. Und sie kennt und liebt vor allem die Wälder und Felder mit allem, was darauf gedeiht. Und sie ist nicht die einzige, die so als Sammlerin sich ihr tägliches Nahrung holt. Es gibt manch alte Männlein und Weiblein, die es ihr gleich tun. Und wie viele Kinder tun diese Arbeit. Raum eine Bauernfrau kommt auf den Wochenmarkt, die nicht neben ihrer Ernte von Obst und Gemüse, Eiern und Butter solche Sammelstücke hat, wenn es auch nur ein paar Bündel Brunnenkresse sind, oder ein paar Sträußchen Märzbeeren.

Wer nicht mehr oder noch nicht die volle schwere Landarbeit tun kann unter diesen Kleinbauern, der hilft, indem er sammelt, „was uns von selbst zuwächst“.

So hält sich hier mitten in unserer modernen Wirtschaft, die so kompliziert und rationalisiert ist, ein Stückchen uralter Menschenarbeit an den Händen dieser unserer entwickelten Kultur. Denn alle Menschenarbeit hat ja so angefangen mit Sammeln. Und es gibt heute noch kleine Ueberreste solcher Kulturen im Innern Australiens, in den Steppen und Buschwäldern Südafrikas, auf manchen entlegenen Inseln des Ozeans, wo Menschenhorden als „Sammler und Jäger“ umherziehen. Während die Männer mit Bogen und Pfeil oder mit Bumerangs vor allem Tiere jagen, machen es die Frauen nicht anders, als mein Kräuterweiblein. Sie suchen Kräuter und Beeren, Pilze und Knollen, wie das unser aller Vorfahr vor Jahrtausenden oder Jahrzehntausenden getan haben. Wir können heute noch an einigen anderen Völkerstämmen beobachten, wie aus diesem Sammeln langsam der Ackerbau entstanden ist. Man steckte Knollen und Runken in die Erde, die man mit Stöcken lockerte. Man säte Samen, und nach ein paar Wochen und Monaten kam man wieder vorbei an dieser Stelle, um nachzusehen, was aus dieser Arbeit geworden war. So wurden Getreide und Gärten im Wald. Aus den Gärten wuchsen Felder. Aus den Sammlerinnen wurden Frauen, die Hackbau trieben. Und nun ging es unaufhaltsam weiter: zur festen Siedlung, zur Ackerwirtschaft, zur Handwerk und Dorfwirtschaft, zur Stadt, und schließlich in langen Jahrtausenden zu unserer technisch so vollkommenen Zivilisation. Felder und Wiesen fraßen den Wald und die Steppe. Das Privateigentum trat das Gemeinrecht aller an allen, was auf der Erde wächst. Heute muß sich sogar das Kräuterweiblein einen Erlaubnischein holen, wenn sie ihre Kräuter und Kapuzchen sammeln will. Und was früher die Nahrung der Menschen war, das ist jetzt eine hübsche Zubereitung und Zugabe geworden, wenn wir unserer allzu zivilisierten Nahrung müde sind.

Sammeln und Jagen, die Hauptnahrungsquellen der Menschen,

Die größten Grubenkatastrophen

Eine tragische Kette von Unglücksfällen unter Tag zieht sich durch die Geschichte des modernen Bergbaus. Das größte und folgenschwerste Grubenunglück war das von Courrières in Frankreich, das sich am 10. März 1906 ereignete, 1219 Bergleute das Leben kostete und 6000 Kinder zu waisenlosen Waisen machte. Die verhängnisvollste Grubenkatastrophe, von der Deutschland bisher betroffen worden ist, geschah am 16. November 1908 auf der Zeche Raddob, bei der 360 Menschen umkamen. Das zweitgrößte Unglück auf einer deutschen Zeche dürfte wohl die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf den sächsischen Schächten „Segen Gottes“ und „Hoffnung“ 1869 gewesen sein, der 274 Menschenleben zum Opfer fielen. Das Unglück auf der Zeche „Camphausen“ in den Saargruben 1885 kostete 185 Bergleute das Leben. Die Explosion auf den Zechen „Johann“ und „Karolinengrube“ in Ruhrgebiet 1898 hatte den Tod von 165 Bergleuten zur Folge. Auch in der letzten Zeit sind wir von solchen Katastrophen nicht verschont geblieben. So brachte das Unglück auf der Heintz-Grube bei Buxtehde 141 Tote und das auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund 130 Tote. Was die Häufigkeit solcher Katastrophen anbelangt, so steht England an der Spitze der traurigen Statistik. Das größte Unglück, das sich hier ereignet hat, geschah im Jahre 1866 auf der Dal-Grube bei Dorchester und forderte ein Opfer von 361 Bergleuten. Das schwerste Unglück, das die belgischen Bergwerke betroffen hat, dürfte die Explosion zu Anderlus bei Mons 1892 gewesen sein, die 205 Arbeiter tötete. In Amerika kamen 1907 bei der Schlagwetterkatastrophe in der Dora-Mine 500 Personen ums Leben, und im selben Jahre gingen auf dem Zechen der Fairmont-Coal-Compagnie 410 und 1910 in Marianna 300 Bergleute zugrunde.

Die größte Bienenbrücke der Welt. Die Bienenbrücke über den Hafen von Sidney in Australien, an der seit 1924 gebaut wird, nähert sich jetzt ihrer Vollendung. Die beiden Bogen dieser größten Brücke ihrer Art werden jetzt miteinander verbunden, und damit ist der entscheidende Schritt der Konstruktion getan. Die Brücke wird eine Spannweite von 350 Meter und eine höchste Erhebung über dem Wasserspiegel von 56 Meter haben.

Eine Million Farben. Nach den Beobachtungen von Professor Ostwald gibt es mindestens eine Million von Farben, die das menschliche Auge, sofern es auch nur einwermischen für Farbensunterschiede geschult ist, alle naneinander unterscheiden kann.

sind nur noch Randbeschäftigungen sehr verschiedener Art. Ein Luxus der Reichen und Vornehmen und durch Jahrhunderte gepflegtes Herkommen dieses, jenes die Arbeit und letzte Hilfsquelle der ganz Armen und Hilfslosen.

Rur unsere Kinder, die machen keinen Unterschied. Die sie in ihren Spielen sehr viel allerhöchste Menschenarbeit und Sittlichkeit bewahren, so auch hier. Wenn die Jungen mit „Flügelbogen“ (dieses, wenn die Mädchen Beeren sammeln gehen, so ohman sie die allerhöchste Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nach und durchleben im Spiele das Leben vergangener Jahrtausende.

Mein Kräuterweiblein aber würde wohl sehr erstaunt sein, wenn ich ihr sagte, daß ihr Kapuzchensammeln der Anfang gewesen ist für die ganze große Arbeit der menschlichen Zivilisation, und also genau so vornehm wie die Hirsch- und Wildschweinjagden von weiland Kaiser Wilhelm. Genau so vornehm, aber weitaus nützlicher, menschlicher, lebenswerter.

Urbayerische Kraftworte

„Das Bayerische ist eine männliche Sprache. Es ist grob gegen das gemütliche Frankfurterisch, fastig-sinnlich gegenüber dem Ostpreussischen, sein Weib ist trockener als der des rheinischen Platt, gemütlicher als der der Berliner Junge; seine Haltung ist würdevoll im Vergleich zum Oberbairischen, kraftvoll im Vergleich zum Wienerischen, klangvoll im Vergleich zum Alemannischen; neben dem Pfälzischen erscheint es schwerfällig, neben dem Schwäbischen durchsichtig.“ So charakterisiert Johann Ladner das bayerische Idiom in einem lustigen und nützlichen Buch „999 Worte Bayerisch“, das er demnächst als „Eine kleine Sprachlehre für Zugereiste, Fremde und Ausländer“ bei Georg Müller in München veröffentlicht. Auf die angenehmste und spaßigste Weise werden wir hier durch das dornige Labrynth dieses Sprachgeistes geleitet, der so viel Ursprüngliches hervorgebracht hat, und dabei spielen natürlich die Kraftworte eine nicht geringe Rolle. „Der Bayer nimmt nicht leicht etwas trunum“, erfahren wir, sondern freut sich von Herzen über lustige Ausdrücke, auch wenn er selbst damit belegt wird. Es gibt keine andere Sprache, in der sich zwei Spähzi (enge Freunde) ihre Eigenschaften in so farbenreichen Worten vorhalten könnten, kein anderes Volk, bei dem das so unerhörliche Heiterkeit auslöst.

Von den folgenden, ihrer ursprünglichen Bedeutung nach durchweg kritischeren Ausdrücken kann beinahe die Hälfte ins Romische gewendet werden. Einige sind, unter Freunden gebraucht, direkt anerkennend. Nur lobend sagt man in der Stadt zu einem lustigen Kerl, der viele Spaffeln und Schpaff weiß, er ist ein Bähz. Je nach der Lage kritischer, komisch oder anerkennend sind die Bezeichnungen Troppf, Lump, Hodolump, Bahzi, Gauna, Luada, Spihzbu, Spihzbuam-heipfling, Schlauihna (mit Vorsicht zu gebrauchen), Sau

(nur in der Stadt anerkennend), Saggamenta; dazu die Eigenschaftswörter abheilige (abheulicher), schlechta, ganz schlechta, vadächtiga oder vadächtiga, phdrabla, eisloita (zu Tröpf), miserabliga, elendiga, ausgagamta. Nur kritischer und recht beleidigend sagt man Kerl, Laul, Hammi, Hundhammi, gichehro Raami, um die größeren menschlichen Spaffeln zu bezeichnen; Dapp, Schapp, Schpäh bei da Raach, Rindschpäh, damisha Kitta, um auf mangelnden Geist anzudeuten; dasselbe, in Verbindung mit Unmännlichkeit bedeuten Dapp, Baitiri, Daddiri; unfeindlich sind noch Hanswurisch und Sirhzi, grob ist das Schimpfwort Krüppi.

Dazu die Eigenschaftswörter damisha, deppata, windiga, kintata, nixiga, trapsta, schiffina (bei Menschen selten), varedta. Die stärkste Beschimpfung ist etwa: Sauhund, varedta! Spezialitäten sind: für Kinder Miffhuo, Rohzbua, Saubua, Saufrag (auch zu jungen Mädchen) und im stärksten Fall, wenn etwa der Bub dem Vater das Bier umstößt, Scheißkrüppi; für einen alten, gebrechlichen Mann oida Krakia, für einen läppisch gewordenen Greis oida Dohdri (dagegen ist oide Hüta eine intimitätsfreundliche Anrede); für einen, der sich unverständlich benimmt, spinnota Delli; für einen, der unnatürlich ist und immer etwas besonderes macht, Krampjbruda (weiblich Krampjhenno); für einen Geizigen Schundnigi (Eigenschaftswörter schundi und nohdi); für einen habgierigen Ruach (Zeitwort ruacha).

Schließlich nennt noch der Münchener jene Leute, die aus dem Balkan zum Kunststudium in seine Stadt kommen, Schlauihna. Der Ausdruck hat sich dann auf alle übertragen, die lange Haare haben und sich mit verdächtigen Dingen wie Literatur, Schachspielen im Kaffeehaus, modernem Tanz usw. beschäftigen. Der Schlauihna ist ein verdächtiger Mensch und deshalb kann der Ausdruck unter Freunden auch als Anerkennung (siehe oben!) gebraucht werden. Er hat dann den Sinn von Bahzi, vadächtiga!

Die Weibsbilder kommen auch nicht ungehört davon. Besonders die alten. Man heißt sie (Einzahl) oide Trummei, oide Schariäkn, oide Schraubn; wenn sie recht böse sind Beißzanga oder Bihgurn. Bei den jungen unterscheidet man zwischen einer jeden Wachtl und dem Gegenstück, der Fihzihna (oder dem Fihziherl) und dem (von ganz sich wegweisenden) Fehn. Schlaupn ist eine unerbittliche Person, Mistaufel ein laeres Schimpfwort, ebenso gichehro Kolln und Loos. Dinge werden kritisiert durch die Wörter Glump, Graffi, Schmarra, Dreh. Glump ist etwas, was nichts taugt, Schmarra etwas, was nichts heißt. Nun seien noch die kritischen Präfixe erwähnt, Hauptwörter, die man vor andere stellt, um diese zu kennzeichnen. Sie heißen in der Reihenfolge der Steigerung Kalesli, Saggamenta, Scheiß- und Wuats. Wenn man in ein Wirtshaus kommt und die Kellnerin geht nicht gleich her und fragt, was man will, und hernach ist das Bier auch noch warm, so handelt es sich, je nachdem, um eine Kalesliwirtschaft, Saggamentawirtschaft, Scheißwirtschaft oder Wuatswirtschaft. Kalesli ist ein harmloser Tadel, Wuats eine furchtbare Vermahnung. Außerdem sagt man noch Bruch, womit das Klägliche, Kümmerliche einer Sache betont wird.

Leckerbissen des Meeres

Von Dr. Anton Mayer

Wägen Binnenländern, die eine Ferienreise an die Meeresküste führt, ist nicht klar, welchen Reichtum an den schönsten Leckerbissen die grünblauen Meere birgt; wohl ist den meisten Bewohnern der von der Watertont entfernt liegenden Gegenden eine Anzahl von Fischen bekannt, die, in Eis verpackt, weite Reisen zurückgelegt und ihre Frische in erstaunlicher Weise bewahrt haben, bis sie zum Verkauf gelangen; aber es sind naturgemäß immer wieder dieselben Arten, welche auf dem festen Land allgemeine Verbreitung gefunden haben, nämlich die gut zum Versand geeigneten. Eine Reihe sehr wohlschmeckender Tiere kommt niemals über das engste Küstengebiet hinaus, da ihre chemische Zusammensetzung den Einflüssen der Luft nicht lange Widerstand zu leisten vermag. Wieder andere verändern Aussehen und Geschmack durch den Massenfang, dem sie infolge des Hochseefischereibetriebes mit Dampfern ausgeführt sind, und schließlich verlangen gewisse Zubereitungsarten, wie das Räuchern, das man die also behandelten Meeres schneidestweife verzehre und möglichst nicht nach auf große Reisen schickt, obgleich eben ein solches Verfahren im Interesse des größten Teiles der Menschen unermesslich ist.

Einer der beliebtesten und häufigsten Meerbewohner ist der Schellfisch, durch Weiße und Festigkeit des Fleisches besonders ausgezeichnet; gerade er aber leidet durch den Massenfang, bei dem er in Netzen gedrückt, dann an Bord des Dampfers tagelang auf Eis gehalten wird und schließlich noch eine langwierige Prozedur des Verkaufs und der Verpackung durchmachen muß. Da er trotz allem diesen ihm nach seinem Tode auferlegten Strapazen immer noch sehr gut schmeckt, gehört keine große Einbildungskraft dazu, um sich vorzustellen, wieviel besser er sein muß, wenn ihm alle die genannten Unannehmlichkeiten erspart bleiben und er als Angel-schellfisch genossen werden kann. Allerdings ist es nicht immer möglich, dieses feinste aller Nordseefischgerichte zu bekommen, da der Schellfisch in nicht mühseliger und zeitraubender Arbeit vom Boot aus einzeln mit der Angel gefangen und lebend an Land gebracht werden muß. Die heilgoländer Fischer fahren manchmal hinaus und angeln ihn. Ein Angelschellfisch nimmt es an Zartheit des Geschmacks, an Feinheit der Fleischkonsistenz mit jedem Oflender Steinbutt auf — ich bekenne für meine Person, daß er mir sogar lieber ist als der Turbot. Er wird nur gekocht gegessen; hat man die Möglichkeit, eine wirklich korrekte mehlslose Hollandaise, nicht das übliche gottlosfertige gelbe Cepanich dieses Namens zu bekommen, so wird man diese Zusammenstellung der gewöhnlichen Butterzubereitung vorziehen.

Ein anderer sehr empfehlenswertes Meertier, das während des Juli und August in riesigen Schwärmen die Nordsee durchkreuzt, ist die Makrelle, äußerlich durch ihre wundervolle grünblau-gelbe Färbung ausgezeichnet. Es ist der beliebteste Sport der Badegäste, vom Segelboot aus Makreln zu angeln, bei welcher Beschäftigung von Zeit zu Zeit das alte Fischgebet „Fische, biete, Fische biete, nach is Tid“ aufzusagen ist, obgleich auch ohne diese Beschönigungsformel mit Leichtigkeit jedesmal ein reichlicher Fang zu erzielen ist. Die Makrelle sollte nach meinem Dafürhalten nur gebraten, niemals gekocht werden; das sehr wohlschmeckende Fleisch ist ziemlich weich und fällt beim Kochen schnell ganz auseinander. Radnüllings auf den Fang zu gehen und Abends die Makreln zu verpfeifen, ist eine sehr angenehme Beschäftigung, Hausfrauen, die während der Ferien-eigene Wirtschaft führen, ist zu raten, sie einzulegen oder auch kalt mit Aspik zu servieren, was eine Tatarlauce stets vollkommen sein wird.

Die Einwohner der Nordsee hegen eine ganz merkwürdige, ja völlig unverständliche Verachtung für eins der geschmackvollsten Meertiere, das sich in anderen Ländern einer hohen Wertschätzung erfreut. Der Tachentrebs, an der Nordsee „Knieper“, englisch „crab“ genannt (nicht mit „Krabben“ zu verwechseln, die englisch „shrimps“ heißen), kostet in einem Londoner Fischrestaurant, „dressing“, schon zureichend gemacht, serviert, 4 bis 7 Schilling; in Helgoland habe ich vor kurzem vier der prächtigsten Exemplare für fünfzig Pfennige erstanden. Die Hummerscherer der roten Insel benutzen die Knieper als Köder für ihre Körbe, in denen die kostbaren Schalentiere gefangen werden — damit werfen sie sie achilles fort oder bereiten sie sich selbst einmal — auf keiner Speisetafel sind Tachentrebs zu finden. Das Fleisch der Scheren ist von zartem süßartigen Wohlgeschmack, das Innere der breiten und flachen Tachse bietet nach Entfernung der schlechten Teile eine Art Butter von vollendeter Qualität. Sie werden, wie Hummern, in Salzwasser gekocht und kalt gegessen; ich liebe sie dem für vornehmer geltenden Scherenträger unbedingt vor, sie sind viel feiner und sozusagen meermürziger. Eine Sauce, etwa eine Majonaise, ist vom Uebel, frische Butter dagegen sehr richtig.

Eines der Tiere, die den Transport nicht vertragen, ist der Rochen, aus der klassischen Dichtung als „griechische Röhre“ bekannt, die man ihm auch nicht abprechen kann. Desto besser ist sein Geschmack beschaffen: das ganz feste, vollkommen grätenlose Fleisch erinnert an Hummerscheren, ist aber noch süßer. Niemand veräume, ihn gekocht mit Petersilienkartoffeln und gelber Butter zu sich zu nehmen, wenn er erhältlich ist. Einige niedliche Spezialitäten, wie der Knurrhahn oder der Seehase, sind als Gefellen turiofer Form des Interesses halber mitzunehmen; die Finkenwälder Fischer, die mit ihren Booten in der Nordsee kreuzen, haben manchmal welche gefangen und geben sie gern ab.

Zum Frühstück am Meer gehören die geräucherten Fische, die Abends eingeliefert werden und am Morgen aus dem Rauchfang kommen; ihre warme Frische, ihr Aroma, ihre sanfte Festigkeit bilden ein hinreißendes Ensemble. Alle möglichen Meerweesen finden sich hier zusammen: Schellfisch, Kabeljau, Makreln, Rochen, Schollen, auch Regenhai, die geräuchert recht gut sind — wie alle größeren Fische natürlich in Stücken zubereitet. Allerdings ist ihr Fleisch von bedeutend größerer Art als das der anderen genannten Arten. Am feinsten sind wohl Makrelle und Rochen, aber auch Schellfisch ist ganz ausgezeichnet; alle aber können den ins Blumenland verschifften ohne weiteres verzerrt werden.

Ein Wort noch für die Reisenden, die, wie es jetzt immer häufiger geschieht, die Gefilde des Mittelmeeres aufsuchen. Es ist sehr schade, daß vor den appetitlichen Auslagen der „frutta di mare“, Händler von Marseille bis Neapel und von Venedig bis Brindisi dringend gemarrt werden muß: hinter den Muscheln, Seepein, Krabben und Krebsen lauern Typhus und andere schöne Dinge. Eine Ausnahme möchte ich — ganz unerbittlicher Weise — für Venedig stellen lassen; wenigstens ist mir dort auch im Sommer mit den Camberetti, den großen Krabben, die köstlich sind, nie etwas passiert, auch nicht mit „campi“ genannten Meerestuben — aber vor diesen wird neuerdings viel Vorsicht geübt, da Verschiedenes vorgekommen sein soll. Am sichersten ist und bleibt die Canguste, die auf die verschiedenste Weise zubereitet, warm oder kalt, in der Suppe, mit Butter oder mit Majonaise stets viel Vergnügen zu erregen imstande sein wird.